

Ausgabe
4/2013

Bayerische **Sozial**nachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Soziales unternehmen

Liebe Leserin, lieber Leser,

bereits die veränderte Schreibweise nur eines Buchstabens erschafft Bewegung. Lehnen wir uns bei den beiden Wörtern „Soziales Unternehmen“ noch eher zurück, so fordert uns die geänderte Schreibweise „Soziales unternehmen“ schon heraus. Manches fällt uns ein was zu unternehmen wäre.

Noch mehr Anregungen erhalten Sie auf der ConSozial. Neun ausgesuchte Bausteine stellen wir Ihnen vor und spannen für Sie einen roten Faden durch die beiden Messtage in der Metropolregion Nürnberg.

Dr. Ulrich Maly weist auf eine veränderte Lebenswirklichkeit der Menschen hin. Der Anspruch, sich nicht mehr entscheiden zu müssen zwischen Familie und beruflicher Karriere ist in Konsequenz ein Grund, für viele Familien in der Stadt zu bleiben und nicht mehr auf das Land zu ziehen. Die angestrebte Verfassungsänderung „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ in ganz Bayern, in Stadt und Land, gerät damit zur großen Aufgabe.

Die Haltung „Geiz ist nicht mehr geil“ mag für alle eine gute Ausgangslage sein, denn in der Vergangenheit haben empirische Kennziffern und die Messung von Leistung und Erfolg die soziale Arbeit in Teilen bis zur Schmerzgrenze banalisiert - so Dr. Ulrich Schneider. Der Zeitpunkt diese Dinge zu hinterfragen, ist jetzt gekommen!

Wer etwas unternehmen will muss planen. Dieser Planungsprozess wird zum wirkungsvollen und unerlässlichen Steuerungsinstrument für den Unternehmer, wie auch für den Politiker. Fallstricke können umgangen werden, davon sind Dr. Jo-



chen Walter und Reinhold Frank, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Bezirke überzeugt.

Stefan Heinzman verordnet „Multiperspektivität“. Sachverhalte von verschiedenen Seiten beleuchten und diejenigen einbinden, die unmittelbar betroffen sind.

Darüber hinaus lohne es sich, die so abgeleiteten sozialpolitischen Maßnahmen, so Prof. Andreas Kirchner, zugleich einer Wirksamkeitsanalyse zu unterziehen. Zu einem geeigneten integrativen Controlling- und Steuerungskonzept hat er geforscht und legt mit SIWA die Ergebnisse vor.

„Mit neuen Ideen durch schwierige Gewässer“ und „Das Gold in den Köpfen“ sind weitere Beiträge, die - wie die ganze ConSozial - sehr gut an den Beginn einer Legislaturperiode des Bayerischen Landtages und auch des Bundestages passen. Die LAG Ö/F wird sich als Impuls- und Ratgeber und als eine Kraft, die den sozialen Rahmen für Bayern absteckt, in die Ausgestaltung eines sozialen Bayerns einbringen. Unseren Lesern wünschen wir viele Anregungen und gute Gespräche auf der ConSozial um Soziales zu unternehmen.

Hendrik Lütke

INHALT

SIWA - Maßnahmen verstehen und weiterentwickeln S. 3

Thema: Soziales unternehmen

Wie wird aus einem Bedürfnis ein Bedarf? S. 6

Zwischenruf

Verantwortung der Kommunen - Neue Herausforderungen S. 7

Thema: Soziales unternehmen

Geiz ist nicht mehr geil S. 8

Fallstricke umgehen S. 10

Betrifft alle Bereiche S. 11

Sparen, aber wie? S. 12

Das Gold in den Köpfen S. 13

Mit neuen Ideen durch schwierige Gewässer S. 14

Bedarf und Nachfrage - Finanzieren, Bauen, Belegen S. 15

Praxis

KITA-Finanzierung: Vom Kopf auf die Füße stellen S. 16

Betreuungsqualität darf nicht zu Lasten des quantitativen Ausbaus gehen S. 17

Krippenausbau und seine Finanzierung - aus Sicht der Kommunen S. 19

Panorama S. 20

Mitgliedsorganisationen S. 22

Maßnahmen verstehen und weiterentwickeln - Sozialpolitisch integrierte Wirksamkeitsanalyse (SIWA)

Zu wissen, was wie wirkt und welche Zusammenhänge von der konzeptionellen Gestaltung bis hin zu den erzielten Wirkungen sozialer Maßnahmen bestehen, ist ein grundlegendes Erfordernis für deren Steuerung. Wenngleich in Zeiten knapper Kassen sich Fragen der Finanzierbarkeit und Rentabilität in den Vordergrund drängen, sollten Aspekte der Qualität und positive Veränderungspotenziale nicht nur proklamatorisch beigefügt werden, sondern im Mittelpunkt stehen. Ob nun von Evaluation, Wirkungsforschung oder Qualitätsmanagement gesprochen wird, ist dabei zunächst einerlei. Wirkungsprüfungen sollten immer im Kontext eines Qualitätsmanagements gesehen werden und tragen optimalerweise dazu bei, die grundlegenden Wirkungszusammenhänge sozialer Maßnahmen zu verstehen und gezielt in den relevanten Aspekten zu verbessern. Es geht letztlich um Investitionen unterschiedlichster Art in eine Zukunft, die dazu helfen, das soziale Miteinander nachhaltig zu gestalten.

SIWA – ein Forschungsprojekt

Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung der Katholischen Stiftungshochschule München (KSFH) für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) eine Wirksamkeitsanalyse für die sozialpolitischen Maßnahmen des Freistaates Bayern entwickelt (Sozialpolitisch integrierte Wirksamkeitsanalyse, kurz SIWA)¹. Ziel war die Entwicklung eines praxisorientierten methodischen Leitfadens, der eine kompakte, aber zugleich anschlussfähige Analyse und Bewertung der Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen ermöglicht. Entgegen einer rein auf einen einzelnen Gegenstand hin fokussierten Einzeluntersuchung lag der besondere Schwerpunkt dieses Forschungsprojektes darin, ein möglichst generalisiertes Konzept zu entwickeln, das zugleich auf unterschiedliche Maßnahmen passend operationalisiert werden kann und offen ist für mögliche Anschlusshebungen². Entwickelt und erprobt wurde SIWA in Pilotuntersuchungen zu den Bereichen Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) und der Förderung der Teilhabe von schwerbehinderten Menschen am Arbeitsleben³.

Die Idee einer Wirksamkeitsanalyse für die sozialpolitischen Maßnahmen des Freistaates Bayern setzt dabei

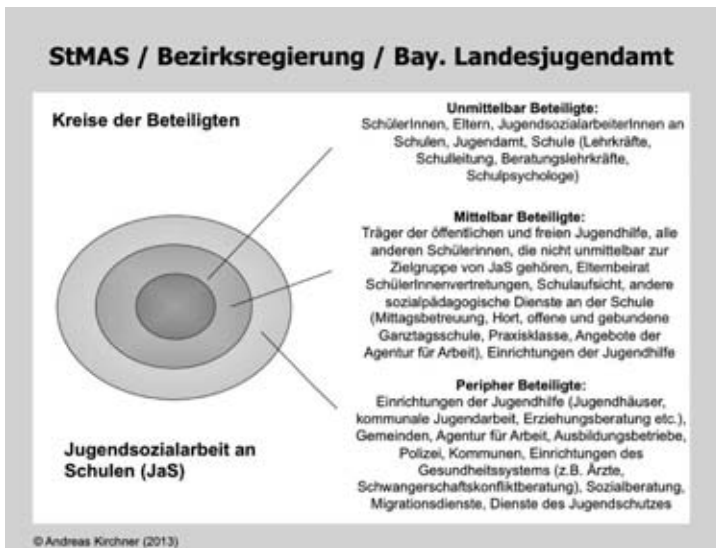
an unterschiedlichen Interessens- und Entwicklungssträngen wie dem New Public Management, Neuen Steuerungsmodellen, der Politikevaluation oder der evidenzbasierten Wirkungsforschung an. Zu wissen, was wie wirkt, benötigt dabei nicht nur einen Blick auf operative Leistungsaustauschprozesse (Input-Output-Relation), sondern einen systematischen Blick auf den komplexen Zusammenhang von konzeptionellen Zielen, Ressourcen, Leistungen und Wirkungen auf individueller wie sozialer Ebene. Entgegen einem technokratischen Verständnis geht es um ein integratives Controlling- und Steuerungskonzept, das den Weg zu einem systematischen Qualitätsmanagement sozialpolitischer Maßnahmen beschreibt und den Schwerpunkt auf qualitative Faktoren legt⁴. Da diese Aspekte letztlich für fast alle Maßnahmen relevant sind, bietet SIWA Ansatzpunkte für unterschiedliche soziale Felder.

Elemente von SIWA

Grundlage für SIWA ist ein allgemeines Wirkungsmodell, das den Prozess sozialpolitischer Maßnahmen systematisch abbildet und Wirkungszusammenhänge verdeutlicht⁵. Es ermöglicht die Identifikation der konzeptionellen Gestaltung einer Maßnahme (Konzept), die eingesetzten Ressourcen (Vollzug), die im Vollzug



erbrachten konkreten Produkte (Leistungen) und die damit verbundenen Einwirkungen bei der primären Zielgruppe einer Maßnahme (Veränderung) wie auch Auswirkungen bei anderen Anspruchsgruppen bzw. im weiteren gesellschaftlichen Kontext (Wirkung). Auf dem Wirkungsmodell aufbauend wurde ein allgemeines Kriteriensystem entwickelt, das den Haupt-



Perspektiven in SIWA einfließen zu lassen, was die Gültigkeit des Bewertungsvorgangs erhöht wie auch Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge erschließt.

Veränderung mit den Beteiligten bzw. Betroffenen - zur praktischen Durchführung von SIWA

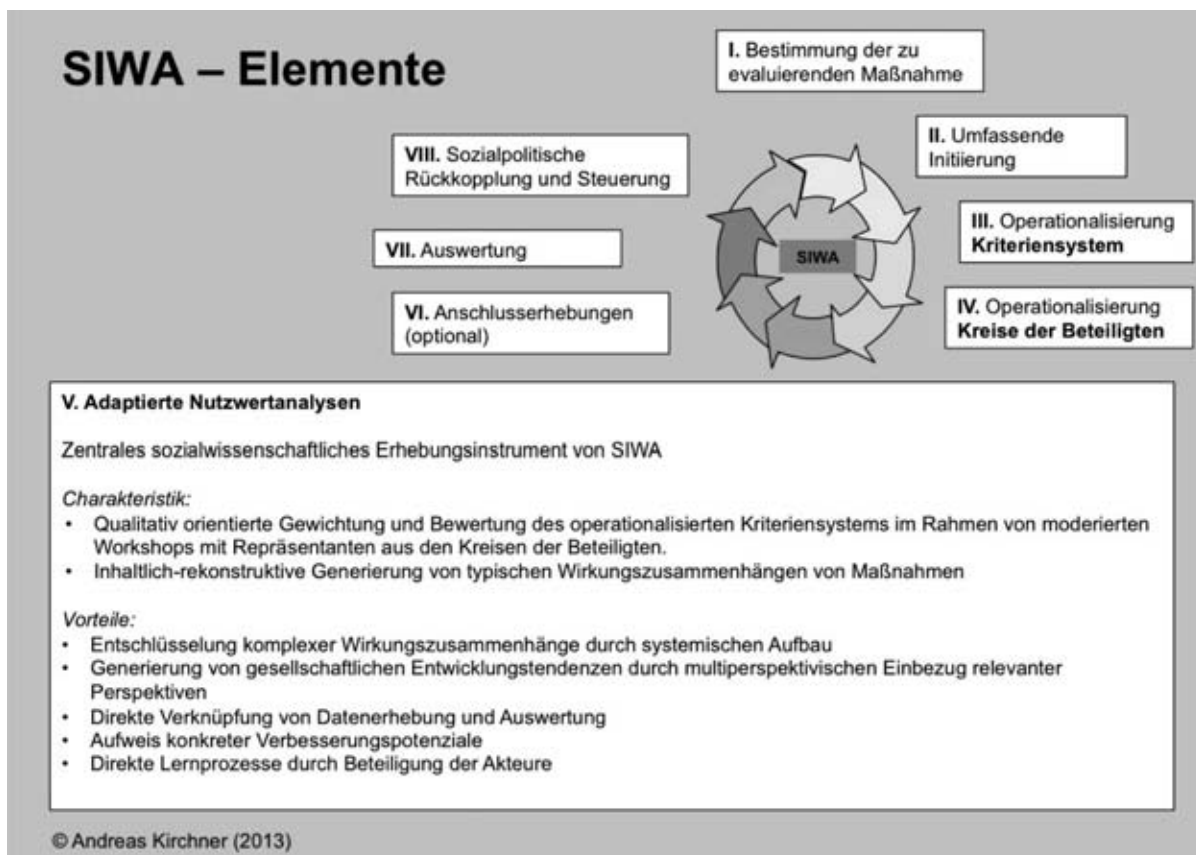
Neben einer umfassenden Initiierung, in der der konkrete Untersuchungsgegenstand (beispielsweise eine konkrete Einzelmaßnahme wie JaS oder ein Maßnahmenfeld wie die Förderung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben) bestimmt wird, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Operationalisierung des allgemeinen Kriteriensystems und der Kreise der Beteiligten. Hier muss sorgfältig identifiziert werden, welche Schlüsselfaktoren

kriterien Konzept, Vollzug, Leistungen, Veränderung und Wirkung je vier bis fünf Unterkriterien zuordnet, die in einem positiv bewertbaren Zielerreichungsgrad formuliert sind.

Da von sozialpolitischen Maßnahmen meist sehr unterschiedliche Personengruppen und Institutionen betroffen sind (wie z. B. Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Träger, Verbände, direkt Betroffene, Durchführende oder Nutznießer), arbeitet SIWA zur systematischen Differenzierung mit einem konstruktiven Modell von Kreisen der Beteiligten, unterschieden nach unmittelbarer, mittelbarer und peripherer Beteiligung. Ziel ist es, möglichst alle relevanten

relevant sind. Letztlich ist bei Evaluationen immer wieder festzustellen, dass oftmals überhaupt nicht differenziert und klar benannt ist, welche Ziele mit Maßnahmen verfolgt werden, welche Effekte intendiert sind oder wie die Leistungen im Einzelnen aussehen. Das Wirkungsmodell, das Kriteriensystem wie auch die Kreise der Beteiligten bieten hier eine kompakte Orientierung.

Die konkrete Analyse und Bewertung erfolgt mit einer sozialwissenschaftlich adaptierten Nutzwertanalyse⁶. Mit dieser für SIWA zentralen Methode wird das auf eine konkrete Maßnahme hin angepasste Kriterien-



system in seinen einzelnen Faktoren im Rahmen eines aus den Kreisen der Beteiligten multiperspektivisch zusammengesetzten Workshops gewichtet und bewertet. Dabei werden relevante Faktoren qualitativ identifiziert und quantifizierende Vergleichswerte ermittelt. Entgegen einer Fokussierung auf reine Kennzahlen wird damit der Schwerpunkt geradezu auf die qualitative Entschlüsselung von Wirkungszusammenhängen gelegt. Konkrete Bewertungen und Argumentationen werden mit diesem Verfahren inhaltlich begründet und in einem konsensorientierten Verfahren dialogisch validiert.

Qualitative Veränderungsprozesse im Dialog

In den Pilotstudien hat sich SIWA als methodisches Rahmenkonzept grundsätzlich bewährt. Neben der schnelleren Orientierung können durch den systematischen Aufbau komplexe Wirkungszusammenhänge entschlüsselt werden. Zudem liegt der besondere Gewinn des methodischen Ansatzes der Nutzwertanalyse in der umfassenden Beteiligung der relevanten Perspektiven. Verbunden ist damit nicht nur eine direkte Verknüpfung von Datenerhebung und erster Auswertung, sondern vor allem der Aufweis konkreter Verbesserungspotenziale aus dem Feld heraus. Damit werden direkte Lernprozesse durch die Beteiligung der relevanten Akteure angestoßen, was bedeutet, dass schon die Erhebung in Bezug auf mögliche Weiterentwicklungen ins Feld hinein zurückwirkt. Es kann davon ausgegangen werden, dass SIWA in unterschiedlichen sozialpolitischen Maßnahmenfel-

dern generelle Anwendbarkeit findet, in denen die Bereitschaft zu konsensualen Lösungen vorhanden ist. Mit SIWA wird nicht der Anspruch erhoben, für jede Fragestellung die richtige Wahl zu sein, aber als Rahmenkonzept weist es den Weg zu einer systematischen Analyse, Bewertung und Verbesserung sozialpolitischer Maßnahmen. Als anspruchsvolles Instrument für ein wirkungsorientiertes und anspruchsvolles Qualitätsmanagement berücksichtigt es vor allem die Perspektiven der konkreten Beteiligten, wodurch es im Sinne eines sozialpolitischen Monitorings zu einer nachhaltigen und gerechten Sozialpolitik führen kann.



Dr. Andreas Kirchner

Professor für Wissenschaft, Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungshochschule München

Email-Adresse: andreas.kirchner@ksfh.de

Literatur

- BECKER, Ralph/WEISE Frank (2002): *Controlling für die öffentliche Verwaltung - Innovative Steuerungskonzepte in der Praxis*. In: Gleich, Ronald et al. (Hrsg.): *Controllingfortschritte – Prof. Dr. Peter Horváth zum 65. Geburtstag*. München: Franz Vahlen. S. 171-192.
- ENDRES, Egon (2008): *Die Evaluation und Steuerung von Netzwerken durch Nutzwertanalysen*. In: Clases, Christoph/ Schulze, Hartmut (Hrsg.): *Kooperation konkret! 14. Fachtagung der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftspsychologie am 01./02. Februar 2008*. Lengerich: Pabst Science Publishers. S. 85-96.
- ENDRES, Egon/ KRAL, Gerhard (2009): *Wert und Nutzen des bürgerschaftlichen Engagements – Ergebnisse eines Gutachtens*. In: König, Joachim/ Oerthel, Christian/ Puch, Hans-Joachim (Hrsg.): *Zukunft: Wertschöpfung durch Wertschätzung*. ConSozial 2008. München: Allitera. S. 103-116.
- KIRCHNER, Andreas (2011): *Sozialpolitisch integrierte Wirksamkeitsanalyse (SIWA)*. Schlussbericht zum Forschungsprojekt „Entwicklung einer Wirksamkeitsanalyse für die sozialpolitischen Maßnahmen des Freistaates Bayern im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.
- RIEDER, Stefan (2003): *Integrierte Leistungs- und Wirkungssteuerung. Eine Anleitung zur Formulierung von Leistungen, Zielen und Indikatoren in der öffentlichen Verwaltung, erstellt im Auftrag der Programmleitung FLAG*. Luzern. URL: http://www.flag.admin.ch/d/dokumentation/downloads/dienstleistungen/leitfaden/leistungsauftrag/ilw_bericht.pdf vom 21.09.2009.

¹ An dieser Stelle kann nur eine Kurz-Darstellung erfolgen. Für Details liegt eine Zusammenfassung wie auch ein ausführlicher Schlussbericht des Forschungsprojektes vor (Kirchner, 2013).

² Auf Anregung des Forums Soziales Bayern nach einer Idee der Deutschen Bischöfe („Sozialstaats-TÜV“).

³ Konkret die Leistung nach § 102 Abs. 1, 2 und 3 SGB IX i.V. mit § 27 SchwbAV: Hilfe bei außergewöhnlichen Belastungen (Minderleistung, erhöhter Betreuungsaufwand), wenn ohne diese Leistungen das Beschäftigungsverhältnis gefährdet würde.

⁴ Vgl. ebenso das Modell einer Integrierten Leistungs- und Wirkungssteuerung (ILW) (Rieder, 2003), das per Bundesgesetz in der Schweiz regelmäßige Wirkungsuntersuchungen sozialpolitischer Maßnahmen impliziert.

⁵ Das Wirkungsmodell wurde aus dem für die Verwaltungssteuerung relevanten 3-E-Modell abgeleitet (Becker/Weise, 2002).

⁶ In sozialwissenschaftlicher Hinsicht wurde die Nutzwertanalyse bisher erfolgreich in den Bereichen der Evaluationsforschung, der Organisationsentwicklung oder der Steuerung von Netzwerken eingesetzt. Vgl. exemplarisch Endres, 2008; Endres/Kral, 2009.

WIE WIRD AUS EINEM BEDÜRFNIS EIN BEDARF?

Der Planungsprozess als wirkungsvolles Steuerungsinstrument für die Politik

Wie muss ein Planungsprozess gestaltet werden, um auf der einen Seite den Bedarfen der Adressaten gerecht zu werden und auf der anderen dem Rechtsanspruch? Beide Perspektiven beleuchtet Stefan Heinzmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main.

„Bei einem Bedarf sprechen wir von einer gesellschaftlichen Konvention, die in eine Gesetzgebung mündet“, so Heinzmann. „Das heißt konkret: Es besteht ein Anspruch. Aktuell haben beispielsweise Eltern einen solchen auf einen Kita-Platz. Der gesetzliche Wille war es, Familie und Beruf vereinbaren zu können.“ Die Kommunen müssen dies nun umsetzen, genügend Plätze schaffen.

„Mit dem Einlösen dieser Pflicht sind aber nicht unbedingt die Bedürfnisse aller betroffenen Eltern erfüllt“, sagt der ConSozial-Referent und führt aus: „Wenn ein Kindergarten beispielsweise von 8 bis 16 Uhr geöffnet ist, nutzt das Eltern, die bis 17 oder 18 Uhr arbeiten müssen, wenig. Auch für einen Schichtarbeiter, eine Schichtarbeiterin greift diese gesetzliche Regelung nicht entsprechend.“ Es geht also darum, Bedürfnisse und Bedarfe zu ermitteln und eine entsprechende Planung zu erarbeiten.

„Wir brauchen dafür Multiperspektivität“, erläutert Heinzmann. „Das heißt, wir müssen Sachverhalte von verschiedenen Seiten beleuchten und diejenigen einbinden, die unmittelbar betroffen sind: Eltern, Erzieherinnen, Träger, aber unter Umständen auch Vertreter der Politik und der Wirtschaft.“ Im Fokus habe natürlich die Zielgruppe Eltern zu stehen, deren Bedürfnisse zu decken seien (Subjektorientierung), so der Wissenschaftler.

„Ein weiterer Aspekt besteht darin zu hinterfragen, wie Partizipation in diesen Planungsprozess kommen kann. Da gilt es, die verschiedenen Perspektiven einzubeziehen, um diese zu gewährleisten beziehungsweise sie durch Planungskonferenzen zu ermöglichen.“ In den Veranstaltungen geht es also ebenfalls darum, dass alle Akteure zusammenkommen, um zu diskutieren, wie die Bedarfe gesetzlich geregelt werden. „Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob dieser Prozess im stillen Kämmerchen bearbeitet wird oder ein Austausch stattfindet“, weiß Stefan Heinzmann. Er kann inzwischen auch ein konkretes Beispiel nennen.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik hat in Kooperation mit Augsburg den Betreuungsbedarf der Stadt ermittelt sowie das Konzept „Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Förderung der Elternkompetenz“ mit erarbeitet und begleitet. Neben dem Abgleich zwischen Betreuungsangebot und Bedarfsfeststellung, wurden Handlungsempfehlungen im Rahmen eines dialogorientierten Beteiligungsprozesses zum Thema Kindertagesbetreuung und Familienbildung mit allen Akteuren und Interessierten vor Ort entwickelt. Stefan Heinzmann wird in seinem Vortrag bei der ConSozial auch diese Kooperation mit vorstellen. Man darf gespannt sein.

Vortrag F13

Stefan Heinzmann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für
Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main

„Sozial- und Jugendhilfeplanung:
Zwischen Bedürfnis und Bedarf“

ConSozial, 6. November, 16.00 Uhr



Stefan Heinzmann

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
Frankfurt am Main

email: Stefan.Heinzmann@iss-ffm.de



Verantwortung der Kommunen - Neue Herausforderungen

DR. ULRICH MALY

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
und Präsident des Deutschen Städtetags

Email: obm@stadt.nuernberg.de

Die diesjährige Verbandstagung des Bayerischen Städtetags griff ein Zitat von Theodor Heuss auf: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“. Und tatsächlich sind es die Städte, in denen die ersten sozialen Instanzen gegründet wurden. Grundzüge der deutschen Verfassung, demokratische Grundregeln, Grundrechte und die soziale Marktwirtschaft, haben kommunale Wurzeln. In den Kommunen erfolgte der Wiederaufbau der verkehrlichen und sozialen Infrastruktur in den Nachkriegsjahren. Und auch heute sind es die Kommunen, die im Sinne eines Dienstleisters die kommunale Daseinsvorsorge hoch halten und den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft sichern. Dabei sind die Kommunen an sich kein „Harmoniemodell“, sondern ein „Konfliktlösungsmodell“. Deshalb brauchen wir starke Städte und Gemeinden, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen. In der Organisation der Konflikte zeigt sich, dass das Gemeinwohl doch mehr ist, als die Summe aller Einzelinteressen. So muss der Staat u.a. auch der Garant für den sozialen Ausgleich bleiben. Nur starke Städte und Gemeinden können die berechtigten Erwartungen der Menschen an eine moderne Dienstleistungsgesellschaft befriedigen. Es reicht nicht, wenn der Bund willkürlich eine Grenze für den Rechtsanspruch auf Krippenplätze setzt, ohne die Abläufe in den Städten zu kennen, die erforderlich sind, um Kinderkrippen zu bauen, und die darüber hinaus notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Anlaufstelle ist das Rathaus. Mit unserem Angebot an Krippenplätzen steigt die Nachfrage. Die Lebenswirklichkeit der Menschen hat sich verändert. Junge Paare, aber auch Alleinerziehende, haben den Anspruch, sich nicht entscheiden zu müssen zwischen Familie und beruflicher Karriere.

Die Städte sind an vorderster Stelle, die notwendige Infrastruktur bereit zu stellen, damit diese Entscheidung nicht mehr getroffen werden muss. Die städtische Infrastruktur ist Grund dafür, dass viele Familien nicht mehr - wie früher - raus auf das Land ziehen. Sie schätzen die Mobilität und die Infrastruktur in den Städten. Zu beobachten ist aber auch, dass Familien oft erst gar nicht gegründet werden. Wir haben so viele Einzelhaushalte in den Städten wie nie zuvor.

Wir verzeichnen eine zunehmende Alterung unserer Gesellschaft. In besonders vom Abzug gerade junger Menschen bedrohten Gebieten folgt oft nur eine Geburt auf drei Sterbefälle. Auf der anderen Seite platzen Verdichtungsräume aus ihren Nähten. Dies führt einerseits zu einer Überlastung der kommunalen Infrastruktur, zur Knappheit bezahlbaren Wohnraums und schließlich zu sozialen Spannungen, während in den schrumpfenden Regionen Infrastruktureinrichtungen nicht ausgelastet und oftmals nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Stadt und Land wird oft als Gegensatz definiert. Wir sind aber nur dann gut beraten, wenn wir Interessenkongruenzen herausarbeiten. Denn wenn es um kommunale Entwicklung geht, dann gibt es keinen Unterschied zwischen der Millionen-Metropole und der 5000-Einwohner-Stadt. Dann geht es nur gemeinsam.

Die aktuellen Herausforderungen, der demografische Wandel, die Energiewende und die Finanzausstattung der Einrichtungen, werden in den Städten angegangen. Bund und Land sind jedoch gefordert, die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen, sei es bei der Jugendförderung, der Familienpflege oder Familienbildung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Städte machen hier Staat.

GEIZ IST NICHT MEHR GEIL

Von der Werterenaissance in der Sozialen Arbeit



Über Jahrzehnte dachte die Sozialwirtschaft, dass sich soziale Wertegebundenheit und marktwirtschaftliches Effizienzdenken relativ problemlos miteinander verbinden ließen. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, beziehungsweise ihren Folgen, begann jedoch ein Umdenken. „Das Soziale scheint wieder im Kommen. Umsatz alleine zählt nicht mehr und Geiz ist nicht mehr unwidersprochen geil“, stellt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Berlin, fest. „Es herrscht ein starker Skeptizismus gegenüber dem Prozess der reinen Vermarktlichung.“

„Spätestens nach dem Zusammenbruch der DDR-Planwirtschaft und mit der Vereinigung wurde die freie Marktwirtschaft von vielen Marktapologeten geradezu zum alleinigen Ordnungs- und Steuerungsmodell erhoben - auch für die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Angeboten der sozialen Arbeit“, blickt Dr. Schneider zurück. „Der Prozess, dass soziale Unternehmen sich betriebswirtschaftlich neu aufstellten und Fragen von Kosten-Nutzen-Relationen immer mehr an Bedeutung gewannen, war zwar nicht neu, was jedoch hinzu kam, war das Eindringen marktliberaler Versatzstücke in die Theorie und Legitimation sozialer Arbeit und Dienstleistungen. Aus dem Hilfesuchenden, dem Klienten oder dem Betroffenen wurde der Kunde.“

Wo es bislang darum gegangen sei, im Zusammenspiel von Politik, öffentlicher Verwaltung und freien Verbänden im Gemeinwesen soziale Infrastrukturen zu entwickeln und nach Möglichkeit die Bürger mit ihren vielen Vereinigungen und Initiativen mitzunehmen, sei mehr und mehr einseitig ausgeschrieben und dabei auf Preiskonkurrenz gesetzt worden, so Dr. Schneider. „Da war es nur ein kurzer Weg zu empirischen Kennziffern, mit denen man versuchen würde, Leistung und Erfolge auf diesem Sektor zu messen.“ Dieses Handeln habe dann soziale Arbeit in Teilen bis zur Schmerzgrenze banalisiert.

Dr. Schneider: „Vermarktlichung setzt voraus, dass alles und jedes seinen Ausdruck in Zahlen finden muss, um vergleichbar zu sein. Das bedeutet im Klartext, dass selbst bei sozialen Dienstleistungen, bei denen es im Kern immer um Beziehungsarbeit geht, das Besondere, eben das, was sich nicht in Empirie-Schemen pressen lässt, konsequent ausgeblendet wird. Der Begriff Kunde ist in diesem Kontext exemplarisch“, sagt Dr. Schneider. „Der Mensch, um den es bislang ging, wurde damit seiner Einzigartigkeit – oder seiner Ganzheitlichkeit, um einen ebenfalls aus der Mode gekommen sozialpädagogischen Terminus aufzugreifen – beraubt. So fand ein Begriff Einzug, der die Entfremdung des Menschen zum Programm erhob, mit dem das Interesse

schlussendlich auf dessen Kaufkraft reduziert wurde. Dass dies geradezu groteske Züge angenommen hat, wenn dieser Begriff etwa auf Arbeitslose in Jobcentern, Schuldnerberatungsstellen oder bei völlig hilflosen Menschen angewandt wurde, scheint an mancher Stelle immer noch gar nicht zu irritieren.“

„Aus dem historischen und theoretischen Kontext gerissen, wurden nicht wenige, anstrengende Versuche unternommen, soziale Arbeit über einen vermeintlichen Mehrwert zu legitimieren“, fährt Dr. Schneider fort. „Die Werteorientierung sozialer Arbeit, die auf eine entsprechende über 100-jährige Theoriegeschichte der Sozialpädagogik zurückblicken kann, wurde abgelöst durch die Suche nach einem sich in Geld und Wertschöpfung ausdrückenden Mehrwert jenseits des Menschen.“

„Doch hat spätestens die jüngste Immobilien-, Schulden-, Finanz-, Wirtschafts- oder auch Eurokrise viele Menschen skeptisch werden lassen. Nicht nur der Glaube an den freien Markt ist erschüttert, von noch nachhaltigerer Wirkung dürfte sein, dass das Image, die Reputation, die Autorität und Glaubwürdigkeit ihrer Frontleute in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft sehr unschöne Beulen abbekommen haben“, ist Dr. Schneider überzeugt.

Plenumsortrag

Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen Gesamtverbandes, Berlin

**„Sozial- und Jugendhilfeplanung:
Zwischen Bedürfnis und Bedarf“**

ConSozial, 6. November, 16.00 Uhr



Dr. Ulrich Schneider

Paritätischer Gesamtverband, Berlin
email: hgf@paritaet.org

„Langsam entwickelt sich auch in sozialen Unternehmen die Überzeugung, dass das Zurückgreifen auf Versatzstücke der Volks- und Betriebswirtschaft den Menschen als solchen negiert“, beobachtet der Erziehungswissenschaftler. „Der Zeitpunkt, diese Dinge zu hinterfragen, ist jetzt gekommen! Die Sozialpädagogik mit ihrer Theoriegeschichte muss hier wieder greifen. Führung braucht zwar Wissen davon, wie sich betriebswirtschaftliche Kennziffern erreichen lassen, aber auch Kenntnis von der Idee sozialer Arbeit an sich.“

„Gut, dass wir in diese Diskussion einsteigen und wieder selbstbewusst eine eigenständige werteorientierte und -geleitete soziale Arbeit offensiv vertreten. Die ConSozial, die Trends in der Sozialwirtschaft setzt, wird zeigen, welche Akteure hier zum Zuge kommen“, resümiert Dr. Schneider.

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in
Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Robert Scheller, Vorsitzender
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende
Hendrik Lütke, Geschäftsführer
Verlag: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentli-
chen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14
80638 München
Gültig ist die Anzeigenpreislise vom 1.1.2013.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter
Quellenangabe gestattet.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 5/2013: 4. November 2013
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

Abonnementpreis

incl. Versandkosten und Mehrwertsteuer 20,45 Euro
pro Jahr. Kündigung des Jahresabonnements schrift-
lich bis sechs Wochen zum Jahresende. Bei Abon-
nenten, die am Lastschriftverfahren teilnehmen,
wird der Jahresbetrag ohne Rechnungsstellung
eingezogen.

Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8, 85055 Ingolstadt
Telefon 0841/456 77 66
ingemayer@t-online.de

Druck: Jugendwerk Birkeneck
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

FALLSTRICKE UMGEHEN

Über die Kooperation zwischen Leistungs- und Kostenträgern

Was läuft nicht rund in der Kooperation zwischen Leistungsanbietern der Behindertenhilfe und öffentlichen Kostenträgern? Aus Sicht von Dr. Jochen Walter, Vorstand der Stiftung Pfennigparade München, einem der größten deutschen Rehabilitationszentren für körperbehinderte Menschen, also aus Sicht eines Einrichtungsträgers, gibt es derzeit fünf Problemfelder.

„Erst einmal besteht kein einheitliches politisches Gestaltungsinteresse der Kostenträger“, erklärt der Vorstand. „Während einige Kommunen und Sozialhilfeträger ambitionierte Programme aufgelegt haben, beschränkt sich das Interesse vieler anderer Kostenträger im Wesentlichen auf effizientes Verwaltungshandeln ohne politische Ziele. Visionen bleiben außen vor.“ Die Bundesrepublik Deutschland entwickle sich so zu einem „Flickenteppich“ hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten zur Teilhabe behinderter Menschen vor Ort.

„Das überwiegend vorhandene Nachfragemonopol eines öffentlichen Kostenträgers, der sich in der Regel den preiswertesten Anbieter aussucht beziehungsweise die Preise aller vergleichbaren Anbieter auf das Niveau des billigsten zu drücken versucht, führt regelmäßig zu einem reinen Preiswettbewerb, der Qualität nur im Sinne von Mindeststandards kennt, die vor allem die Strukturqualität betreffen“, ist Dr. Walter überzeugt. Zudem führten unklare Zuständigkeiten, Genehmigungs- und Kontrollwirlwarr, Doppelt- und Mehrfachprüfungen, redundante Dokumentations- und Berichtspflichten zu einem kaum noch überschaubaren Dickicht an bürokratischen Regeln und Pflichten. Dr. Walter: „Dadurch werden erhebliche Mittel umgelenkt, die dem eigentlichen Unterstützungsauftrag nicht mehr zur Verfügung stehen.“



Dr. Jochen Walter

Stiftung Pfennigparade, München

email: Jochen.Walter@pfennigparade.de

Zur Ablösung der einrichtungsbezogenen Finanzierung durch eine personenbezogene erklärt er: „Diese Gerechtigkeit scheint mir teuer erkaufte, denn der Aufwand zur möglichst exakten Messung des Hilfebedarfs jedes Einzelnen übersteigt häufig das vernünftige Maß und führt dennoch nicht zu validen Ergebnissen.“ Die Erfahrung zeige zudem, dass gleiche beziehungsweise ähnliche Hilfebedarfe nicht automatisch mit dem notwendigen Personaleinsatz korrelierten.

Der „personenzentrierte Ansatz“ stelle auch bei der gemeinsamen Förderung von Menschen mit und ohne Behinderung ein Problem dar, das manchmal zu grotesken Auswüchsen führe, stellt der Vorstand der Einrichtung Pfennigparade fest. „Jeder soll genau das bekommen, was ihm zusteht. Da ist wenig Platz für Zwischentöne. So wird isoliert definierter Hilfebedarf auch nur noch isoliert befriedigt. Also müssen Personal und Räumlichkeiten exakt getrennt werden. Inklusion und Kooperation haben das Nachsehen.“

Besonders kritisch sieht Jochen Walter die Entwicklung, das Zusammenspiel zwischen Leistungsanbieter und Kostenträger, das durch immer mehr und immer differenziertere Kontrollen geregelt wird. „Wir brauchen dringend ein pragmatisches Miteinander, das die Bedarfe der Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellt - ohne dass wir uns in bisher nicht gelösten Messproblemen verlieren“, fordert er. „Ohne die stärkere Einbindung der Leistungsbezieher und ihrer Interessensvertretungen wird das Dreiecksverhältnis zwischen Leistungsempfänger-Kostenträger-Leistungsbietern zunehmend dysfunktional.“

Vortrag F17

Dr. Jochen Walter
Vorstand der Stiftung Pfennigparade
und Reinhold Frank, Geschäftsführer des
Verbandes der Bayerischen Bezirke, München

**„Fallstricke umgehen:
Kooperationen von
Leistungsanbietern und
Kostenträgern neu denken“**

ConSozial, 7. November, 11.00 Uhr

DAS BETRIFFT ALLE BEREICHE

Personenzentrierung erfordert erheblichen Anpassungsbedarf sozialer Unternehmen

In der Sozialwirtschaft stehen nicht mehr länger bestimmte, generelle Hilfestrukturen im Mittelpunkt, sondern Hilfe, die individuell ausgerichtet ist. Die Personenzentrierung als Leitkonzept hat aber nicht nur fachliche, sondern auch betriebswirtschaftliche Auswirkungen. „Es entsteht ein erheblicher strategischer und organisatorischer Anpassungsbedarf, der alle Bereiche sozialer Unternehmen erfasst“, erklärt Arzt und Diplom-Volkswirt Attila Nagy.

Es geht um Teilhabe anstatt Fürsorge und um Nachfrage- anstatt Angebotsorientierung, also um flexible, individuelle Hilfeleistungen. „Klassische karitative Organisationen müssen hier in vielerlei Hinsicht umdenken, denn einerseits werden aus Klienten Kunden, die verstärkt selbst entscheiden, was sie in Anspruch nehmen wollen, andererseits verändern sich die Geschäftsmodelle“, so Nagy. „Durch die zunehmende ambulante Betreuung wird die Leistung kleinteiliger. Das wiederum generiert deutlich höhere Ansprüche an die Steuerungsqualität, damit die Wirtschaftlichkeit erhalten bleibt. Zugleich entsteht eine große Herausforderung für die Organisationen im Sinne eines Change Managements.“

Für große karitative Organisationen ergeben sich bei der Umsetzung einer kleinräumigen, personenzentrierten Versorgung verschiedene Hürden: „Zurzeit besteht



Attila Nagy

Rosenbaum nagy unternehmensberatung, Köln

email: nagy@rosenbaum-nagy.de

ein Defizit an widerspruchsfreien und anreizgerechten Geschäftsmodellen beziehungsweise Refinanzierungsregeln für wesentliche Elemente der personenzentrierten Versorgung“, erläutert der Diplom-Volkswirt. „Dabei geht es um eine entsprechende Beratung, um die Gestaltung des inklusiven Sozialraums, die eigentlich eine Aufgabe der Kommunen ist, und um eine trägerübergreifende Koordination, also Netzwerkarbeit.“ Besonders spannend sei hierbei die Frage, welche Teile der Versorgung die Organisationen selbst erbringen und welche durch Kooperationspartner beziehungsweise den inklusiven Sozialraum erfolgen sollten. „Denn es ergibt sich das Dilemma“, so Nagy, „dass das Ziel der Versorgung darin besteht, Menschen mit Behinderung eine möglichst hohe Autonomie zu ermöglichen, die Konsequenz aber zu einer geringeren Intensität bei der Dienstleistung und damit zu weniger Umsätzen der Sozialunternehmen führt.“

Attila Nagy wird in seinem ConSozial-Vortrag Erfolgsfaktoren ausführlich darstellen. Chancen für die Sozialwirtschaft sieht er unter anderem in den Stärken der Unternehmen als Komplexträger, in ihrer Finanzkraft und der Möglichkeit, die Lobbykraft bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu nutzen. Risiken seien die zu späte neue Ausrichtung. Hier besetzten schnellere Träger Schlüsselfelder. Den sozialen Organisationen falle es außerdem schwer, alte Strukturen und Denkmuster zu lösen.

Vortrag B20

Attila Nagy

Arzt und Diplom-Volkswirt, Geschäftsführender Partner der rosenbaum nagy unternehmensberatung, Köln

und Peter Stöbel

M. A., Social Services Administration, Geschäftsführer des Diakonischen Vereins Der Karren e. V., Gesamtgeschäftsführer der Stiftung der Karren, Der Karren gGmbH und Der Karren e. V., Sankt Augustin (aus Sicht eines ambulant ausgerichteten Trägers der Eingliederungshilfe)

„Personenzentrierung: betriebswirtschaftliche Chancen und Risiken“

ConSozial, 7. November, 15.00 Uhr

SPAREN, ABER WIE?

Instrumente einer strategischen Beschaffung

Ein professionelles Beschaffungsmanagement liefert auch in der Sozialwirtschaft wichtige Potenziale, um Kosten zu optimieren. Dr. Patrick Da-Cruz, Professor für Betriebswirtschaftslehre und Gesundheitsmanagement an der Hochschule Neu-Ulm, sagt: „Natürlich hat in sozialen Einrichtungen das Personalmanagement Priorität. Dennoch beeinflusst die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen die Gesamtkosten und damit das Betriebsergebnis in einem erheblichen Maße.“

Dieser Fakt wird umso wichtiger, als sich Einrichtungen im zunehmenden Wettbewerb positionieren und hochwertige Produkte anbieten müssen. Da-Cruz: „Die Kosten werden steigen und zwar häufig schneller als die Erlöse.“ Am Personal mögen die meisten Einrichtungen nicht sparen – auch nicht mittels weniger oder gar schlecht qualifizierter Kräfte. Wie also steuert man gegen? „Mit einer entsprechenden Strategie. Zunächst einmal kann man beim Einkauf etwas tun. Das alleine genügt aber nicht: Es gilt, die Folgekosten im Auge zu behalten“, warnt der Professor. „Ein günstigeres Produkt ist nämlich möglicherweise aufwändiger im Handling. Das heißt, man braucht dafür mehr Personalressourcen. Preis und Prozesskosten sind daher sorgfältig gegeneinander abzuwägen.“

Auch reine Kürzungen beim Einkauf, etwa bei IT-Leistungen, können sich negativ auswirken. „Wenn man beispielsweise die Stundenzahl bei der IT-Wartung begrenzt und sich deshalb Probleme bei der Abrechnung ergeben, riskiert man möglicherweise, dass Kunden unzufrieden werden“, führt Da-Cruz aus.

Der Wissenschaftler stellt Instrumente eines strategischen Beschaffungsmanagements vor. „Zum einen geht es um Lieferanten. Es hängt von meinen Zielen ab, ob ich mit einem oder mehreren zusammenarbeite.“ Zum anderen müsse man sich klar darüber werden, ob man beispielsweise ein 08/15-Produkt einkaufe oder eine hochkomplexe Dienstleistung. „Hier benötige ich einen Warengruppenprofi“, empfiehlt der Wissenschaftler, räumt aber ein, dass eine solche Entscheidung auch eine Frage der Größe des Unternehmens ist. Kleine können sich diesen Fachmann nicht leisten.

Wieder andere Möglichkeiten ergäben sich bei dezentralen Organisationen. „Hier kann man sich überlegen,



Professor Dr. Patrick Da-Cruz

Hochschule Neu-Ulm

email: patrick.da-cruz@hs-neu-ulm.de

ob man wirklich nur zentral einkauft oder beispielsweise fachgebunden je Einrichtung“, erläutert der Professor. „Generell ist außerdem zu klären, ob man einzelne Teile oder komplette Module beziehungsweise Systeme bestellt, in Pflegeeinrichtungen einzelne Medizinprodukte oder Behandlungssets“, so Patrick Da-Cruz. Kooperationen mehrerer Einrichtungen, etwa beim gemeinsamen Einkauf von Produkten wie Rechnern oder Autos, könnten ebenfalls von Vorteil sein. „Auch über das Thema Lagerhaltung sollte man nachdenken, genau abwägen, was letztlich günstiger ist: Ein volles Lager mit preiswerten Produkten oder ein Anbieter, der täglich liefert“, so Professor Dr. Patrick Da-Cruz.

Besucher der ConSozial werden nicht nur weitere umfangreiche Informationen zum Thema erhalten, sondern auch Gelegenheit zur Diskussion. Der Wissenschaftler wird zudem einen Ausblick geben, wie Beschaffung im Jahr 2020 aussehen könnte.

Vortrag F4

Professor Dr. Patrick Da-Cruz

Hochschule Neu-Ulm

„Hebeleffekte nutzen: Beschaffung in dezentralen Strukturen“

ConSozial, 6. November, 12.00 Uhr

DAS GOLD IN DEN KÖPFEN

Wie man Potenziale bei Mitarbeitern entdeckt und fördert

Es herrscht Fach- und Führungskräfemangel in der Sozialwirtschaft – vor allem in den Berufsfeldern der Altenpflege und Erziehung. Doch was tun wir, um diesem Umstand vor allem in Kitas und Seniorenzentren entgegen zu wirken? 2010 fiel der Startschuss für das Projekt „Das Gold in den Köpfen“. Ein Beispiel. Das Besondere an diesem Personalentwicklungsprojekt, das im Rahmen des Programms „rückenwind“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert wurde, ist der Fokus auf Beschäftigte mit Migrationshintergrund. „Fast jeder vierte Mitarbeiter in unseren Einrichtungen hat Migrationshintergrund“, weiß Tamara Zeidler, Projektleiterin für Personalentwicklung beim AWO Bezirksverband Niederrhein. „Trotzdem sind sie nach wie vor im Bereich Fach- und Führungspositionen häufig unterrepräsentiert. Dabei verfügen sie oft über besondere Fähigkeiten, die aber häufig nicht erkannt und somit auch nicht genutzt werden.“

Die AWO-Bezirksverbände Niederrhein und Mittelrhein analysierten daher bisher nicht beachtete Potentiale von Beschäftigten und entwickelten individuelle Qualifizierungsmaßnahmen, um Stärken und Kompetenzen gezielt zu fördern. Ergebnis: Vor allem bei gering Qualifizierten und Beschäftigten mit Migrationshintergrund war dies der Schlüssel zum Erfolg. Viele soziale Einrichtungen und über 500 ihrer Mitarbeiter profitierten von den passgenauen Weiterbildungen.

Es wurde ein Kompetenz-Check, ein Fragebogen zur persönlichen Selbstauskunft und -einschätzung, entwickelt. Er diente als Grundlage für mögliche Entwicklungsziele und wurde auf Wunsch durch ein Coachinggespräch begleitet. „Wichtig war uns außerdem,



Tamara Zeidler

AWO Bezirksverband Niederrhein

email: tamara.zeidler@awo-niederrhein.de

heraus zu bekommen, was die Betroffenen neben ihrer Arbeit an Kompetenzen erworben oder an Lebenserfahrungen gemacht haben, die für die Berufstätigkeit verwertbar sind“, so die AWO Projektleiterin.

„Häufig ist es auch so, dass Menschen, die zugewandert sind, über Berufsabschlüsse verfügen, die in Deutschland nicht anerkannt sind“, erklärt Zeidler weiter. „Sie anerkennen zu lassen ist inzwischen zwar möglich, allerdings äußerst bürokratisch und aufwändig. Meist besteht eine Hemmschwelle seitens der Betroffenen, die mit unserem Anerkennungsverfahren überfordert sind.“ Das könnte eine Erklärung sein, weshalb zum Beispiel Ärzte mit Migrationshintergrund in Deutschland als Pflegehilfskräfte arbeiten. „An diesem Punkt wollten wir intervenieren, die Menschen so beraten und bestärken, dass sie in die Lage versetzt werden, zumindest in Fachkräftepositionen zu arbeiten.“

Tamara Zeidler: „Man kann Karriere vertikal, aber eben auch horizontal entwickeln. Es gibt viele Möglichkeiten, ein Aufgabengebiet zu erweitern.“ Der Vorteil für den Arbeitgeber ist klar: Mitarbeitermotivation und -bindung werden verstärkt, Fach- und Führungskräfte werden aus den eigenen Reihen generiert. Eine Win-win-Situation, denn auch die Mitarbeiter profitieren durch einen interessanteren Arbeitsplatz.

Vortrag Bl2

Tamara Zeidler und Michaela Rosenbaum

AWO Bezirksverband Niederrhein

**„Златото в главите ни -
Das Gold in den Köpfen:
Potentiale nutzen“**

ConSozial, 7. November, 11.00 Uhr

MIT NEUEN IDEEN DURCH SCHWIERIGE GEWÄSSER

Befristete Stellen oder wie man Mitarbeiter trotzdem bindet

Der demografische Wandel wird vor allem auch in der Sozialwirtschaft zu großen Veränderungen führen. Daher hat das Projekt der Evangelischen Jugendsozialarbeit Bayern „Continuous Link - Befristete Arbeitsverhältnisse in der (Jugend-) Sozialarbeit“ einen Katalog an Instrumenten für ein erfolgreiches Personalmanagement in schwierigen Zeiten erarbeitet. Gefördert wird das innovative Projekt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Programms „rückenwind“.

Projektleiterin Barbara Klamt von der Evangelischen Jugendsozialarbeit Bayern sagt: „Unser Thema waren befristete Arbeitsverhältnisse. Sie sind ein Phänomen, das sich vor allem in der Jugendsozialarbeit ausgebreitet hat. Fakt ist, dass soziale Einrichtungen diese Situation im Augenblick kaum beziehungsweise nur schwer ändern können. Die derzeit geltende Finanzierungsstruktur gibt vor, dass Mitarbeiter nur für den jeweiligen Projektzeitraum beschäftigt werden können. „Alles andere ist unter den gegebenen Verhältnissen für die meisten Einrichtungen ein zu großes Risiko“, so Klamt. „Das Problem dabei aber ist, dass hier Dienstleistungen von Menschen für Menschen erbracht werden. Es bedarf also eines entsprechenden Personalmanagements, um auch langfristig Mitarbeiter an sich zu binden und gute Dienstleistung anbieten zu können.“

Im Augenblick liegt die Unsicherheit alleine auf Seiten der befristet Beschäftigten. Barbara Klamt: „Daher sollten die Arbeitgeber die Möglichkeiten ausschöpfen, trotz oder mit der Befristung einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten - etwa in Form eines Risikoausgleichs. Das heißt, der speziellen Situation der Beschäftigten Rechnung tragen und zum Beispiel Weiterbildungen ermöglichen, damit diese Mitarbeiter aufgrund von Zusatzqualifikationen später bei Bewerbungen bessere Chancen haben. Beruflich weiterführende Perspektiven müssten auch immer wieder in Gesprächen mit den Vorgesetzten entwickelt werden, erläutert die Projektleiterin.

„Wichtig ist es gerade in diesem Markt, befristete Mitarbeiter auch nach ihrer Tätigkeit weiter an das Unternehmen zu binden. Sie werden nämlich in der Regel im Anschluss oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder gebraucht“, betont Klamt. „Muss man dann neue Kräfte einstellen, bedarf das einer mehr oder weniger intensiven Einarbeitungsphase. Wenn Fachkräfte aber zufrieden in der jeweiligen Einrichtung waren, weil sie über die Tätigkeit hinaus gefördert wurden,



Barbara Klamt

Leiterin des Projekts Continuous Link
email: info@barbara-klamt.de

werden sie diesem Arbeitgeber auch zu einer anderen Zeit wieder gerne zur Verfügung stehen.“

Es geht dabei zudem um Transparenz seitens des Arbeitgebers. „Er sollte über Verlauf und Fortsetzung des jeweiligen Projektes genau informieren. Sonst können Mitarbeiter ja nicht planen. Sie müssen wissen, wie es weiter geht“, fordert Klamt.

Im Rahmen des Projekts „Continuous Link“ fanden bis Oktober 26 Fortbildungstage und Entwicklungswerkstätten für Führungskräfte der Sozialwirtschaft statt. Daraus wurde der genannte Katalog mit Maßnahmen und Ideen zum Personalmanagement in Zeiten befristeter beziehungsweise weniger attraktiver Arbeitsverhältnisse entwickelt. Der soll nun bei der ConSozial vorgestellt werden. „Wir wollen Führungskräfte ermutigen und ihren Blick dafür schärfen, dass sie viel tun können – und zwar auch zu ihrem Vorteil“, betont Projektleiterin Barbara Klamt.

Vortrag B17a

Barbara Klamt

Leiterin des Projekts Continuous Link

**„Befristete Mitarbeiter binden.
Mit neuen Ideen durch
schwierige Gewässer“**

ConSozial, 7. November, 11.00 Uhr

BEDARF UND NACHFRAGE - FINANZIEREN, BAUEN, BELEGEN

Mehr und mehr wird offensichtlich, dass bisherige Leistungsangebote im Bereich der Pflege und der Unterbringung von Senioren nicht fortgeschrieben werden können. Martin Hölscher, Pflegemarktanalyst bei der IS Immobilien-Service GmbH in Köln betont: „Die gesamte Angebotsarchitektur sowie entsprechende Investitionsstrategien stehen unter dem Druck der Veränderung. Die Weiterentwicklung ist nicht nur aufgrund der sich wandelnden Bedürfnisse von Senioren und eines quantitativ weiter steigenden Bedarfs geboten, sondern auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft von Anbietern und Investoren.“ Nicht zuletzt spielen eine rationellere Verwendung von finanziellen und personellen volkswirtschaftlichen Ressourcen eine große Rolle.

„Investoren wie Betreiber müssen daher genaue Kenntnis über den Bedarf entsprechender Angebote erhalten und auch darüber, wie sich ein potenziell bestehender Bedarf in eine tatsächliche Nachfrage umsetzen lässt“, so der Diplom-Medizinökonom. Doch: Wie müssen Angebote konfiguriert sein, damit dieser Schritt heute noch gelingt? „Nicht nur Neubauvorhaben, auch bestehende Angebote sind vor diesem Hintergrund einer kritischen Analyse zu unterwerfen“, führt Hölscher aus. „Wie lange können Doppel- und Mehrbettzimmer noch belegt werden? Wie lange werden Dusche und WC auf dem Flur noch toleriert? Wie lange funktioniert das Heim auf der grünen Wiese noch? Das sind dringende Fragen.“

Martin Hölscher wird das Standardanalyseverfahren der Bank für Sozialwirtschaft im Vorfeld ihrer Kreditentscheidungen im Seniorenimmobiliensegment vor-



Martin Hölscher

IS Immobilien-Service, Köln

email: M.Hoelscher@sozialbank.de

stellen. „Hier spielt nicht nur die Bedarfseinschätzung für vollstationäre Pflegeplätze sowie für Pflegeplätze in ambulant betreuten Wohngemeinschaften eine Rolle. Auch die Nachfrage nach Tagespflegeplätzen, nach speziellen Pflegeangeboten für Menschen mit einer fortgeschrittenen Demenz oder für junge Pflegebedürftige sowie die Nachfrage nach betreuten Wohnungen muss im Rahmen dieses Analyseverfahrens bewertet werden.“

Dieser Prozess geschehe vor dem Hintergrund folgender Überlegungen: „Was wollen die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, was bietet ihnen der Markt, welche Leistungen übernimmt die Pflegeversicherung?“ Der Diplom-Medizinökonom: „In diesem Kontext werden unter anderem Möglichkeiten und Grenzen der ambulant betreuten Wohngemeinschaften und weiterer alternativer Wohnangebote beleuchtet.“

Einen kurzen Blick soll es bei diesem ConSozial-Vortrag auch darauf geben, was finanzierbar ist, insbesondere in Bayern, und was refinanzierbar.“ Ebenfalls streifen wird Martin Hölscher das Thema Bauen mit dem Hinweis auf typische Bauherrenfehler.

Da neben Marketing, Preis und Angebotsprofil auch der Fachkräftemangel zu einer zentralen Frage im Kontext des Themas „Belegen“ geworden ist, werden zwar keine abschließenden Antworten, aber einige Strategien im Bereich Personalmanagement vorgestellt.

Vortrag F24

Martin Hölscher

Diplom-Medizinökonom, TQM-Auditor, Pflegemarktanalyst bei der IS Immobilien-Service GmbH, Köln

**„Bedarf und Nachfrage -
Finanzieren, Bauen, Belegen“**

ConSozial, 7. November, 15.00 Uhr

KITA-FINANZIERUNG:

Vom Kopf auf die Füße stellen



Wolfgang Stadler

AWO Bundesvorsitzender

E-Mail: wolfgang.stadler@awo.org



Prof. Dr. Stefan Sell

Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik, FH Koblenz

E-Mail: sell@rheinahr-campus.de

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Deutschland ist durch zwei schwere Systemfehler charakterisiert: Zum einen ist sie deutlich unterfinanziert und zum anderen sind die Kosten falsch verteilt. So beliefen sich die öffentlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung 2011 in der Bundesrepublik auf 0,62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zum Vergleich: die skandinavischen Länder und auch Frankreich erreichen bei ihren Investitionen in die frühkindliche Bildung und Betreuung die 1,0 Prozent, die von der OECD empfohlen werden. Resultat der Unterfinanzierung ist ein Mangel an Plätzen und eine vielerorts nicht zufriedenstellende Qualität der Betreuung.

Zu falsch verteilten Kosten bzw. Fehlfinanzierung: Jedes Bundesland hat sein eigenes Finanzierungssystem. So gibt es Bundesländer wie z.B. NRW, in denen Eltern einkommensabhängige Gebühren bezahlen müssen, während im Nachbarland Rheinland-Pfalz die Kinderbetreuung für alle Eltern kostenfrei ist, sobald das Kind das zweite Lebensjahr vollendet hat. Finanzschwache Kommunen erheben häufig aufgrund ihrer angespannten Haushaltssituation sehr hohe Elternbeiträge, während finanzstarke Städte Eltern von Gebühren befreien. Das treibt die bereits vorhandene soziale Selektivität zuungunsten der finanzschwachen Kommunen noch weiter voran.

Aber noch gravierender ist, dass derzeit die Ebenen, bei denen volkswirtschaftlich gesehen der größte in Geld messbare Nutzen anfällt, nicht oder nur in einem gerin-

gen Maß an der Regelfinanzierung der Kinderbetreuung beteiligt sind. So beträgt der Anteil der Kommunen an den öffentlichen Netto-Ausgaben fast 60 Prozent, während der Anteil der Bundesländer bei weniger als 40 Prozent liegt. Der Bund ist derzeit über eine anteilige Finanzierung an den Ausbau-Kosten beteiligt, die im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz anfallen. Doch die größten Kosten fallen erst danach, durch den dauerhaften Betrieb, an. An diesem Punkt müssen die Hauptkostenträger - die Kommunen - entlastet werden.

Durch Kinderbetreuung können Eltern, vor allem Mütter, erwerbstätig sein. Damit werden Steuern und Sozialversicherungsabgaben fällig, außerdem wird aufgrund des höheren Einkommens der Konsum ausgeweitet, was wiederum staatliche Mehrwertsteuer-Einnahmen sichert. Das heißt: Der größte Nutznießer

Vortrag F8

Wolfgang Stadler

AWO Bundesvorsitzender und

Prof. Dr. Stefan Sell

Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz

**„Die Kita-Finanzierung:
Vom Kopf auf die Füße stellen“**

ConSozial, 6. November, 12.00 Uhr

einer institutionalisierten Kinderbetreuung sind die Sozialversicherungen. An zweiter Stelle kommt der Bund und danach folgen die Bundesländer. Die Kommunen stehen an letzter Stelle. Und dementsprechend müssten auch die Kosten verteilt werden.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist davon überzeugt, dass diese Fehl- und Unterfinanzierung dazu führt, dass die Qualität der Angebote leidet. So hat der Bundesverband der AWO im Mai dieses Jahres die Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage unter seinen Kita-Trägern veröffentlicht. Im Ergebnis fordert die AWO:

- Bundeseinheitliche (Mindest-)Standards aufgrund pädagogischer (!) Vorgaben.
- Mehr Geld ins System.

- Eine genaue Bedarfsanalyse bzw. Planung in puncto Plätze und Fachkräfte.
- Die Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot zu betrachten.
- Den Fachkräftemangel zu beheben und
- die Qualität der Kinderbetreuung durch die aufsichtführenden Behörden sicherzustellen.

Leidet die Betreuungsqualität derart, dass Kinder in ihrer Entwicklung Schaden nehmen könnten, müssen Konsequenzen gezogen werden. Hier kann und muss finanziell gegengesteuert werden. Und am besten gelingt dies, indem der Bund einen Großteil der Kosten übernimmt.



Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für einjährige Kinder ist mehr als Quotenerfüllung

BETREUUNGSQUALITÄT DARF NICHT ZU LASTEN DES QUANTITATIVEN AUSBAUS GEHEN

Ab dem 1. August 2013 gilt nun für Eltern: Sie haben einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die Anstrengungen der Kommunen und der freien Träger in Bayern, zusätzliche Plätze für Kinder ab dem ersten Lebensjahr zu schaffen, war in den letzten fünf Jahren ein immenser Kraftakt. Zur Schaffung dieser neuen Plätze hat die Freie Wohlfahrtspflege wesentlich beigetragen, damit die Umsetzung des Rechtsanspruches gelingt. Zwei Drittel der Kindertageseinrichtungen in Bayern sind in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Der gesetzliche Rechtsanspruch der Eltern kann ausschließlich an die Landkreise und kreisfreien Städte gerichtet werden. Einige Kommunen haben die Sorge, dass das vorhandene Platzangebot nicht ausreichen wird. Trotz der verständlichen Sorgen dieser Kom-

munen mahnen Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Bayerische Rote Kreuz (BRK), die Bildungs- und Betreuungsqualität nicht zu verschlechtern, um weiterhin Angebote guter Qualität zur Verfügung stellen zu können. Hierzu zählen insbesondere die Befriedigung kindlicher Bedürfnisse nach verlässlichen und feinfühligem Bezugspersonen und die Gestaltung eines pädagogischen Kita-Alltags, der Kinder in ihren Bildungsprozessen begleitet und sich an demokratischen Grundprinzipien orientiert.

Das Ansinnen einzelner Kommunen nach maximaler Auslastung oder die Einführung von Wechselgruppen ist Kindern, Eltern und pädagogischen Fachkräften nicht zuzumuten. Auch die Forderung, Kinder unter einem Jahr dann nicht in die Krippe aufzunehmen, obwohl dies für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

erforderlich ist, sehen die beiden Wohlfahrtsverbände als problematisch.

Die aktuell vom Freistaat Bayern vorgeschlagene Erhöhung des Buchungszeitfaktors für Kinder bis drei Jahren weist nach Meinung von AWO und BRK zwar in die richtige Richtung, reicht jedoch nicht aus, um die erforderliche Betreuungsqualität sicherzustellen.

Bereits vor einem Jahr, am 16. Juli 2012, hat die Freie Wohlfahrtspflege, und damit auch die AWO und das BRK, auf dem Odeonsplatz in München zu einer Kundgebung „Mehr Qualität für Kinder in Kitas: Jetzt!“ aufgerufen. Mit über 3.000 Fachkräften aus bayerischen Kindertageseinrichtungen setzte die Freie Wohlfahrtspflege damit ein Zeichen für ihre Forderungen zur Finanzierung der erforderlichen Qualität. Der Erfolg dieser Kundgebung und der anschließenden Petition mit 54.000 Unterschriften an den Bayerischen Landtag hat zwar zu keiner unmittelbaren Reaktion der Politik geführt, schlägt sich aber nun zumindest ansatzweise im Bildungsfinanzierungsgesetz nieder, das vor einigen Wochen für den Doppelhaushalt 2013/2014 beschlossen wurde. So stellt der Freistaat nun 58 Mio. € zur Verbesserung des Anstellungsschlüssels zusätzlich zur Verfügung.

Nach gemeinsamen Berechnungen der Freien Wohlfahrtspflege und des Bayerischen Städte- und Gemeindetages wäre jedoch der Einsatz von 80 Mio. € erforderlich gewesen, um diesen gesetzlich festgelegten Mindestanstellungsschlüssel und damit die Bezahlung zusätzlicher pädagogischer Kräfte finanzieren zu können.

AWO und BRK fordern, dass dem expansiven Ausbau der Kitaplätze nun auch die erforderliche Finanzierung der Bildungsqualität folgt.

- Insbesondere muss dringend der empfohlene Anstellungsschlüssel auf mindestens 1:9,0 verbessert werden.
- Der Gewichtungsfaktor für die Betreuung der Kinder bis drei Jahren muss auf 3,0 erhöht werden.
- Für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, sog. Risikokinder muss ein Gewichtungsfaktor eingeführt werden, um Inklusion zu ermöglichen.
- Im Ausbildungsbereich sollte ein Schulversuch gestartet werden, der sich an dem Modell „Praxisintegrierte Ausbildung“ (PIA) aus Baden-Württemberg orientiert.
- Die Bezahlung des pädagogischen Personals in der Zeit des tariflichen Urlaubsanspruches sowie dessen Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen dürfen nicht weiterhin als förderschädliche Fehlzeiten gewertet werden.

Die nächsten Änderungen der Ausführungsverordnung

(AVBayKiBiG) und des Gesetzes (BayKiBiG) müssen zu nachhaltigen Verbesserungen führen, um die Kindertageseinrichtungen in Bayern zukunftsfähig zu machen. Investitionen im frühkindlichen Bereich sind Investitionen für die Zukunft der Kinder.

Das Bayerische Rote Kreuz betreibt 140 Kindertageseinrichtungen in seinen Kreisverbänden. Von etwa 1.000 pädagogischen Mitarbeiter/-innen werden darin über 7.100 Kinder zwischen acht Wochen und 14 Jahren betreut.

Die Arbeiterwohlfahrt betreibt 402 Kindertageseinrichtungen bei seinen 47 Gliederungen (Bezirks- und Kreisverbände, Ortsvereine) und 15 korporativen Mitgliedern. Von etwa 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 22.930 Kinder in Krippen, Kindergärten, Kinderhorten und Kinderhäusern betreut. Jedes fünfte Kind in einer AWO-Kita ist unter drei Jahre alt.



Isabel Putzer

Teamleiterin Kindertageseinrichtungen
BRK Landesgeschäftsstelle

E-Mail: putzer@lgst.brk.de



Joachim Feichtl

Referent Kinder- und Jugendhilfe, Familienpolitik
AWO Landesverband Bayern e. V.

E-Mail: achim.feichtl@bayern.awo.de

DER KRIPPENAUSBAU UND SEINE FINANZIERUNG AUS SICHT DER KOMMUNEN

Ausgangssituation

Der Bund und die Länder haben 2007 im Krippengipfel den Kommunen ein gewaltiges Ausbauprogramm in der Kleinkinderbetreuung auferlegt. Bund, Länder und Kommunen sollten sich mit je einem Drittel an den Ausbaukosten und den dadurch stetig steigenden Betriebskosten beteiligen. Dabei haben Bund und Länder diese Kosten gleich in dreifacher Weise unterschätzt oder zu niedrig angesetzt: Erstens wurde das Ausbauziel mit 35 Prozent der unter Dreijährigen zu niedrig angesetzt und inzwischen auf 39 Prozent erhöht; wir gehen davon aus, dass es auch dabei nicht bleiben wird. Zweitens wurden die Baukosten und die Betriebskosten für einen Krippenplatz zu niedrig angesetzt. Drittens wurde der Anteil der Kinder in Tagespflege mit 30 Prozent deutlich zu hoch angesetzt, realistisch sind nicht einmal 15 Prozent. Für alle drei Fehleinschätzungen müssen letztlich die Kommunen gerade stehen, in dem sie das bereits sehr ehrgeizige Ausbauziel im laufenden Verfahren noch weiter beschleunigen mussten und bundesweit gesehen den größten Anteil der Mehrkosten alleine schultern durften.

Finanzielle Auswirkungen in Bayern

Bei den Investitionen hat der Freistaat Bayern - in vorbildlicher Weise - bis heute fast eine Milliarde Euro für den Krippenbau zur Verfügung gestellt. Der Bund und die Kommunen haben seit 2007 dafür auch jeweils ca. 400 Millionen Euro in die Hand genommen. 2012 mussten die Kommunen für die jährlich anfallenden Betriebskosten deutlich über 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Das ist immer noch der größte Teil der Kosten, obwohl von Bund und Ländern eine Kostendrittelerung vorgesehen war. In dieser Zeit hat der Freistaat ca. 230 Millionen Euro und der Bund sogar nur gut 55 Millionen Euro übernommen. Dabei ist nicht zu vergessen, dass wir noch lange nicht am Ende des Ausbaus angelangt sind und die Kosten daher jährlich weiter steigen werden. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass die Kommunen seit Jahren auch die Horte deutlich ausbauen, um eine Ganztagsbetreuung der Schulkinder



Julius Forster

Sozialreferent | Bayerischer Städtetag

Email: julius.forster@bay-staedtetag.de

außerhalb der Ganztagschule zu ermöglichen. Insgesamt kommen die Kommunen vielfach schon an ihre Leistungsgrenzen.

Die Anzahl der Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen ist seit 2007 in Bayern um über 40 Prozent gestiegen. Das sind ca. 18.000 zusätzliche Fachkräfte alleine in Bayern, die zum Großteil in Krippen beschäftigt werden. Das ist deutschlandweit der stärkste Zuwachs. Das Bayerische Sozialministerium rechnet angesichts des weiteren Ausbaus der Kleinkinderbetreuung mit einem weiteren Personalbedarf für die Jahre 2013 und 2014 von rund 3.000 Fachkräften. Dieser Bedarf kann aber nur zu

zwei Drittel aus den Absolventen der Fachakademien für Sozialpädagogik gedeckt werden.

Beispiele aus einigen Kommunen

Seit dem Krippengipfel im Jahr 2007 haben die Kommunen die Betreuungsplätze für Kleinkinder gewaltig ausgebaut. Die Stadt Augsburg hat beispielsweise 64 neue Krippenbauprojekte realisiert und dafür einschließlich der Landesfördermittel über 43 Millionen Euro ausgegeben. Augsburg hat derzeit noch freie Krippenplätze und wird dieses und nächstes Jahr noch deutlich mehr Betreuungsplätze zur Verfügung stellen. Die Gemeinde Poing, 14.500 Einwohner, hat zum Beispiel bereits jetzt für fast 70 Prozent der ein- bis dreijährigen Kinder einen Krippenplatz zur Verfügung und baut ebenfalls weiter aus.

Die Stadt Coburg bietet ebenfalls etwa 70 Prozent der ein- und zweijährigen Kinder einen Betreuungsplatz an und hat sich ein Ausbauziel von 80 Prozent gesetzt. Die Landeshauptstadt München hat die Anzahl der Betreuungsplätze für Kleinkinder seit 2007 um etwa 9.000 Plätze auf jetzt insgesamt etwa 19.000 Plätze aufgestockt. Allein für den Betrieb dieser Plätze gibt München jährlich mehr als 120 Millionen Euro mit steigender Tendenz aus. Seit dem Jahr 2000 wurden in München über 400 Millionen Euro in den Krippenausbau investiert. Bis zum Jahr 2016 sollen hier weitere 340 Millionen Euro in Krippenbaumaßnahmen investiert werden.

„Nicht nur wer Platte macht, ist wohnungslos“

AWO-Landesvorsitzender fordert anlässlich gesetzlich verankerte Wohnungslosenstatistik für Bayern

Wer ist wohnungslos? Menschen, die auf der Straße leben. „Was vielen von uns aber nicht bewusst ist: Als wohnungslos gelten auch Menschen, die in Notunterkünften und Frauenhäusern leben oder vorübergehend bei Freunden und Verwandten unterkommen. Kurzum - nicht nur wer Platte macht, ist wohnungslos“, erklärt Thomas Beyer, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in Bayern.

Steigende Mieten und Anonymität vor allem in den Ballungsräumen, aber auch auseinanderbrechende Familienstrukturen zählen zu den Ursachen von Wohnungslosigkeit. Wie viele Menschen in Deutschland und Bayern ohne die berühmten eigenen vier Wände auskommen müssen, kann nicht verlässlich beziffert werden: „Weder auf bayerischer Ebene noch auf Bundesebene gibt es eine amtliche Statistik zur Zahl der Wohnungslosen. Und dass in einem Land, in dem nahezu alles erfasst wird. Das ist bewusstes Wegschauen vor einem drängenden Problem unserer Zeit und somit schlicht unverantwortlich“, urteilt Beyer.

Dass akuter Handlungsbedarf besteht, belegen diese Zahlen: Die Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit (FOL) des AWO-Kreisverbands München Land hat im Jahr 2012 exakt 1.126 Fälle bearbeitet. Das ist laut Tätigkeitsbericht ein Anstieg um 2,27 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1.101 Fälle). Außerdem: „Zusätzlich zu den 1.126 Fällen hat die Fachstelle im Durchschnitt monatlich 80 telefonische Beratungen geleistet“, erfährt man aus dem Tätigkeitsbericht 2012. Beyer: „Wohnungslosigkeit ist also sogar im Münchner Speckgürtel alles andere als ein Fremdwort.“

Unverständlich ist Beyer, warum die Bayerische Staatsregierung nicht endlich eine amtliche Wohnungslosenstatistik für den Freistaat veranlasst: „Gäbe es so ein Instrument, könnten danach Projekte - nicht zuletzt präventive - gegen die Wohnungslosigkeit ausgerichtet werden. Zum wiederholten Mal fordere ich Sozialministerin Christine Hadert-hauer auf, dieses Datenmaterial in Auftrag zu geben.“ Die Statistik müsse zwischen den Geschlechtern, Alter der Betroffenen, Ursachen für die Wohnungslosigkeit sowie Unterbringungsart der wohnungslosen Menschen differenzieren. Eine weitere wichtige Unterscheidung: Wie viele Menschen ihre Wohnung bereits verloren haben und wie viele von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Außerdem sollten die Zahlen jährlich neu erhoben werden.

Fachtagung zu familienorientierter Selbsthilfe in München

Am 13. November 2013 veranstaltet die LAG SELBSTHILFE Bayern e.V. gemeinsam mit der AOK Bayern die Fachtagung

„Die Familie im Fokus – Angebote der Selbsthilfe für Angehörige“.

In der Tagesveranstaltung wird über die Potentiale und bestehenden Angebote familienorientierter Selbsthilfe in Bayern informiert und vorhandene Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Unter anderem werden Angebote aufgegriffen, die sich an Geschwister oder Partner von Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung richten oder aber speziell für Kinder von betroffenen Eltern konzipiert wurden.

Weitere Informationen:
www.lag-selbsthilfe-bayern.de

Anzeige -

Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke
www.versicherungsstelle-ccb.de



Ecclesia / Union
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München
Werner-Eckert-Straße 11
81829 München
Tel: 089/741154-0 - Fax: 089/741154-910

Neuer Ratgeber zur erfolgreichen Gründung von Sozialgenossenschaften

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hat der Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürgern mit der „Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften“ einen weiteren wichtigen Impuls gegeben. Zu Sozialgenossenschaften organisieren sich Bürgerinnen und Bürger, um gemeinsam Lösungen für ihre sozialen Anliegen zu finden. Beispielsweise können über Sozialgenossenschaften barrierefreie Wohnanlagen geschaffen werden.

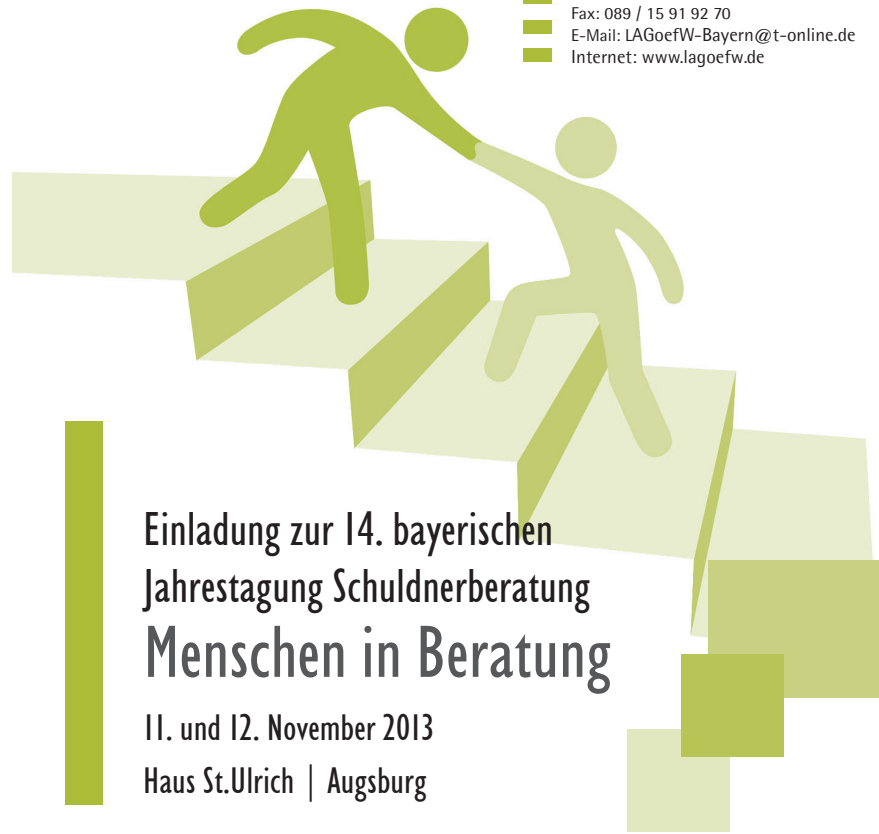
Motor der Zukunftsinitiative ist der seit Mitte 2012 bestehende Expertenrat „Sozialgenossenschaften - selbst organisierte Solidarität“, welcher die Initiative fachlich begleitet und nunmehr den Ratgeber „Sozialgenossenschaften in Bayern – Der Ratgeber zur erfolgreichen Gründung“ entwickelt hat. Interessierte finden darin viele Informationen, praxisnahe Tipps und Antworten auf Fragen, wie zum Beispiel für welche Aufgabenstellungen Sozialgenossenschaften sich eignen. Außerdem fördert das Sozialministerium modellhaft Sozialgenossenschaften mit einer Anschubfinanzierung.

Weitere Informationen zum Thema Sozialgenossenschaften sowie eine Online-Version des Ratgebers finden Sie unter www.sozialgenossenschaften.bayern.de.

Zudem stehen ab Anfang November entsprechende Flyer zum Thema Sozialgenossenschaften bereit. Diese können ab sofort beim Sozialministerium bestellt werden (Kontakt: sozialgenossenschaften@stmas.bayern.de).

Fachausschuss
Schuldnerberatung

Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien
Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördliche Auffahrtsallee 14
80638 München
Telefon: 089 / 15 37 57
Fax: 089 / 15 91 92 70
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de



Einladung zur 14. bayerischen Jahrestagung Schuldnerberatung Menschen in Beratung

11. und 12. November 2013
Haus St.Ulrich | Augsburg

Programm und Anmeldung unter:
www.lagoefw.de/news

■ **Tagungsort**

Haus St. Ulrich | Kappelberg 1, 86150 Augsburg
Telefon: 0821/3152-0 | Fax: 0821/3152-263

■ **Tagungsbeitrag**

Tagungskosten	75,00 Euro	
Verpflegung	33,00 Euro	(ohne Übernachtung)
Verpflegung	80,00 Euro	(mit Übernachtung, Abendessen und Frühstück)

Eintägige Teilnahme 60,00 Euro

■ **Anmeldung**

Sie erhalten nach Eingang Ihrer Anmeldung per EMAIL eine Bestätigung und eine Rechnung.

■ **Anmeldeschluss:** 15. Oktober 2013

■ **Rücktritt**

Für den Fall, dass Sie nach dem 1. November 2013 Ihre Anmeldung zurücknehmen oder nicht an der Veranstaltung teilnehmen, müssen wir Ihnen Ausfallkosten für Unterkunft und Verpflegung entsprechend den Konditionen der Tagungsstätte berechnen.

Licht und Schatten: Erfolgreicher Kita-Ausbau und Ungerechtigkeit bei Schulgeld in der Altenpflege

Arbeiterwohlfahrt. Bei der Umsetzung des ab dem 1. August bundesweit geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige haben die Gliederungen und korporativen Mitglieder der AWO in Bayern sich ebenso beispielhaft wie erfolgreich engagiert: Die Zahl der betreuten Kinder bis drei Jahre konnte seit 2008 bis einschließlich 30. Juni 2013 von 2.836 auf 4.531 erhöht werden, ein Plus von 59,7 Prozent; der Anteil der unter Dreijährigen an allen betreuten „AWO-Kindern“ ist von 15,29 Prozent (2008) auf 19,76 Prozent (30.6.2013) gesteigert worden. Das Entscheidende an dieser Bilanz ist, dass es sich nicht um lediglich bewilligte Plätze handelt, sondern um Mädchen und Jungen, die bereits betreut werden.

Erfreulich ist die Entwicklung auch in den AWO-Kitas der Ballungsräume München und Nürnberg mit ihrem erhöhten Betreuungsbedarf. Allein die AWO München-Stadt hat seit 2008 Eigenmittel von über einer Million Euro in den U3-Bereich investiert. Insgesamt 48 neue Plätze sind in AWO-Einrichtungen am Plivierpark, am Admiralbogen und in der Gubestraße hinzugekommen.

Ebenfalls rund eine Million Euro hat der Kreisverband Nürnberg Stadt seit 2009 bis heute aus eigenen Mitteln für den Kita-Ausbau eingesetzt. Mit knapp der Hälfte dieser Summe wurden 60 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen.

Genauso wichtig wie der quantitative Ausbau ist indes die Gewährleistung qualitativer Standards. Dazu zählt zuallererst, dass ausreichend



Fachpersonal zur Verfügung steht, damit die Kleinen und ihre Betreuerinnen und Betreuer ein bereicherndes Miteinander erleben.

Die Rekrutierung von Fachkräften bleibt die Zukunftsaufgabe schlechthin - nicht nur im Erziehungswesen, sondern gleichermaßen in der Altenpflege. Gerade in diesem Bereich mangelt es von staatlicher Seite jedoch häufig an dem erforderlichen Weitblick, um die richtigen Anreize zu schaffen. Ein treffliches Beispiel dafür ist die ungleiche Behandlung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern im Vergleich zu Pflegefachhelferinnen und Pflegefachhelfern in Sachen Schulgeld.

Nachdem die Studiengebühren an den Hochschulen Bayerns zum Wintersemester 2013/2014 abgeschafft wurden, gewährt die Staatsregierung fortan anerkannten Ausbildungsstätten wie der Hans-Weinberger-Akademie (HWA) für die Ausbildung in der Altenpflege und im Erziehungswesen bessere finanzielle Zuwendungen. Dies trägt dazu bei, dass kein Schulgeld mehr verlangt werden muss. Dabei handelt es sich um eine ebenso begrüßenswerte wie überfällige Maßnahme.

Allerdings ist nicht nachvollziehbar, warum nicht auch Zuschüsse

in ähnlicher Höhe für diejenigen zur Verfügung gestellt werden, die sich zu Pflegefachhelferinnen und Pflegefachhelfern ausbilden lassen. Immerhin setzt bis zu ein Drittel dieser Schüler seine Ausbildung in der Altenpflege fort. Momentan bewegt sich die staatliche Unterstützung für diesen Bereich in einer Höhe, die den meisten Fachakademien ein finanzielles Defizit aufbürdet – wenn sie von diesen Schülern kein Schulgeld erheben.

Es gibt gute Gründe für eine Gleichbehandlung der Pflegefachhelferinnen und Pflegefachhelfer in spe bei der Befreiung von Schulgeld: Erstens würde durch Schulgeld der Schülerrückgang, den es in diesem Bereich ohnehin gibt, weiter verstärkt. Zweitens verdienen diese Schüler während ihrer einjährigen Ausbildung höchstens einen freiwilligen Praktikumszuschuss und sind deswegen mit Lebenshaltung und Fahrgeld ohnehin finanziell belastet. Und drittens wäre es ungerecht, wenn die einen für ihre Ausbildung zahlen müssten und die anderen nicht.

Es gibt wenige andere Berufszweige, in denen der Fachkräftemangel so hoch ist wie in der Altenpflege. Es stünde der Staatsregierung also gut zu Gesicht, angehende Fachkräfte der Altenpflege und der Altenpflegehilfe in Sachen Schulgeld gleich zu behandeln. Das ist eine Frage der Wertschätzung und der Gerechtigkeit.

*Dr. Thomas Beyer, MdL
Landesvorsitzender der
Arbeiterwohlfahrt in Bayern*

Hochwasser: Diakonie-Hilfe geht in die dritte Runde

Diakonie. Nach dem verheerenden Hochwasser an Elbe und Donau beginnt die Diakonie Katastrophenhilfe mit der dritten Phase ihres Hilfsprogramms, der gezielten Unterstützung Bedürftiger beim Wiederaufbau. „Wir haben bewusst gewartet, bis die staatlichen Wiederaufbaulinien in allen betroffenen Ländern verabschiedet sind. Jetzt können wir genau denjenigen unter die Arme greifen, die durch die Maschen des Netzes fallen oder nicht genug eigene Mittel haben, um überhaupt in den Genuss einer staatlichen Förderung zu kommen“, erklärte dazu Stefan Schröder, Fluthilfekoordinator der Diakonie Katastrophenhilfe auf Bundesebene.

Seit Ende Juli hat er mit einem Expertenteam beobachtet, welche Auswirkungen die unterschiedlichen staatlichen Regelungen für die Betroffenen haben. „Nun können wir die Menschen verlässlich beraten und die Spendengelder dort einsetzen, wo sie am Nötigsten gebraucht werden“, so Schröder. Denn

Diakonie Bayern

lange nicht alle Betroffenen können staatliche Wiederaufbauhilfen erhalten. Vielen Menschen, gerade denjenigen, die noch Kredite nach dem Jahrhunderthochwasser von 2002 abzahlen müssen oder lange Einkommensausfälle verkraften mussten, ist es unmöglich, den geforderten Eigenanteil aufzubringen. „Hier kann die Diakonie Katastrophenhilfe einspringen“, so Schröder.

In den diakonischen Einrichtungen Bayerns, Thüringens, Sachsens und Sachsen-Anhalts können Betroffene ab jetzt Unterstützung für den Wiederaufbau ihres Wohnraums beantragen. Zur Bewilligung hat die Diakonie Katastrophenhilfe eigene Bedürftigkeitskriterien entwickelt. Neben der Wiederherstellung von Wohnraum hofft Stefan Schröder genug Geld zu haben, um zusätzlich

Kleinunternehmern wieder auf die Beine zu helfen. Außerdem betont er: „Klar ist auch, die Menschen brauchen nicht nur Geld, sie brauchen Unterstützung. Leute, die ihnen mit Rat und Tat in dieser schwierigen Zeit zur Seite stehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den diakonischen Einrichtungen beraten bei der Antragsstellung und haben gleichzeitig ein Ohr für die Sorgen der Betroffenen. Das zeichnet unser Hilfsprogramm aus.“

Der Diakonie Katastrophenhilfe und den diakonischen Landesverbänden Bayern, Brandenburg, Mitteldeutschland (Sachsen-Anhalt und Thüringen), Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein stehen gut 20 Millionen Euro Spenden für den Wiederaufbau zur Verfügung. Bisher konnten 1,7 Mio. Euro für Sofortmaßnahmen wie, finanzielle Haushaltsbeihilfen und die Verteilung von Trocknergeräten bereitgestellt werden.

Die Diakonie Bayern unterstützte in der ersten Phase Menschen in akuten Notlagen. Darauf folgte die zweite Phase der Haushaltshilfen, die derzeit noch andauert. Beide Programme wurden von der Evangelischen Landeskirche maßgeblich mit finanziert. Zusätzlich konnte mit Unterstützung der Aktion Sternstunden ein Sonderprogramm für Familien mit Kindern und Alleinerziehende aufgelegt werden.

Weitere Informationen dazu finden sich im Netz unter <http://www.diakonie-bayern.de/ueber-die-diakonie/diakonie-international/katastrophenhilfe.html>



Zahl der Asylsuchenden steigt weiter - Weiterer Ausbau der Asylsozialberatung ist nötig



Städtetag. Bereits im ersten Halbjahr 2013 haben bundesweit über 43.000 Erstantragssteller beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um Asyl nachgesucht. Damit liegt die Zahl der Erstantragssteller um 20.000 höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es wird monatlich mit einem Zugang von 9.000 Asylsuchenden bundesweit und 1.400 in Bayern gerechnet. Damit bleibt der Druck auf Gemeinschaftsunterkünfte des Freistaats und auf dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten der Kreisverwaltungsbehörden hoch. Der Städtetag hat sich mehrfach an Staatsministerin Haderthauer gewandt und Verbesserungen angemahnt. Diese wurden nun - leider nur teilweise - erfüllt.

Zunächst hatten sich die Städte dafür eingesetzt, dass die Unterbringung der Asylsuchenden vorrangig in staatlichen Immobilien erfolgen muss. Der Freistaat wird zusätzlich 3.000 neue Plätze in Gemeinschaftsunterkünften erstellen. Aus der Praxis kommen Hinweise, dass die Immobilien Freistaat Bayern Gelegenheiten zum Erwerb neuer Liegenschaften nicht nutze. Daher hat der Städtetag nochmals Ministerin Haderthauer gebeten, die Verhandlungen nicht daran scheitern zu lassen, dass die Anbieter geringfügig höhere Preise verlangen, als staatlich vorgegeben. Die Unterbringungen

durch Kreisverwaltungsbehörden können häufig noch teurer sein, weil hier kurzfristig Plätze in Pensionen gemietet werden müssen.

Großen Wert legen die Städte auf Asylsozialberatung. Hier konnte der Städtetag einen Teilerfolg erreichen, weil die Förderrichtlinie des Freistaats für die Asylsozialberatung jetzt auch für dezentral untergebrachte Asylbewerber geöffnet wurde. Allerdings stehen noch immer nicht ausreichend Mittel für eine bedarfsdeckende Förderung der Asylsozialberatung zur Verfügung. Weiterhin muss ein Wohlfahrtsverband bereit sein, einen Teil der Kosten aus Eigenmitteln zu tragen. Der Städtetag hat die Ministerin darauf hingewiesen, dass es nicht angeht, diese staatliche Aufgabe als „freiwillige Förderung“ zu verstehen. Eine bedarfsdeckende Asylsozialberatung ist die Grundvoraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben von Asylsuchenden und Einheimischen und somit für die Akzeptanz von Unterkünften. Die Unterbringung von Asylsuchenden ist grundsätzlich keine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft, sondern eine staatliche Aufgabe.

Zusätzlich werden ab August 2013 etwa 760 syrische Kontingentflüchtlinge in Bayern und 5.000 bundesweit aufgenommen. Der Städte-

tag unterstützt das Anliegen, diese Menschen zum Schutz für die Zeit der Unruhen in Syrien bei uns aufzunehmen. Der Freistaat plant, diese Personen, soweit sie nicht bei Verwandten unterkommen können, in die staatlichen Übergangswohnheime einzuquartieren. Der Städtetag hat Sozialministerin Haderthauer darauf hingewiesen, dass syrische Bürgerkriegsflüchtlinge Beratungsmöglichkeiten benötigen. Derzeit ist geplant, dass die staatlich geförderten Migrationsberatungseinrichtungen tätig werden. Nach Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden sehen die Städte dies als schwierig an, denn die Problemlagen dieser Flüchtlinge sind nicht vergleichbar mit der sonst üblichen Migrationsberatung, wo vor allem aufenthaltsrechtliche Fragen eine Rolle spielen. Bei den syrischen Flüchtlingen wird es darum gehen, Traumatisierungen und Fluchterfahrungen zu verarbeiten, sowie wirtschaftliche und soziale Notlagen aufzufangen.

Der Städtetag hat die Ministerin aufgefordert, für eine befristete Projektförderung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen und passgenaue Beratungsmöglichkeiten einzurichten.

Anzeige -



Sicherheit - ein gutes Gefühl.

Wir sichern Sie ab.

Schutz für die Betreuten, die Mitarbeiter und für Sach- und Vermögenswerte - als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen, wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Kontakt Thomas Ollech (GF FHT) | fon 089 544681-80 | t.ollech@funk-gruppe.de
Rüdiger Bexte (Prokurist FHT) | fon 089 544681-81 | r.bexte@funk-gruppe.de



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER
UND RISK CONSULTANTS

FHT

Funk Humanitas GmbH

Leopoldstraße 175 - 80804 München
FUNK-GRUPPE.COM

Bildungschancen verbessern

Caritas. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss geht in Bayern weiter zurück. 2011 haben nach einer Studie der Caritas 6.983 Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, 2009 waren es noch 8.187 Schüler. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss ist somit von 5,97 Prozent im Jahr 2009 auf fünf Prozent in 2011 gesunken. Nach dem Saarland (4,8 Prozent) und Baden-Württemberg (4,92 Prozent) stand Bayern 2011 damit in einem bundesweiten Ranking an dritter Stelle. Der bundesweite Durchschnitt betrug 5,82 Prozent, 2009 lag er noch bei 7,18 Prozent. Zwischen den bayerischen kreisfreien Städten und Landkreisen sind deutliche Unterschiede sichtbar. Generell erzielen die Städte schlechtere Ergebnisse als die Landkreise. Die niedrigste Quote hat der schwäbische Landkreis Unterallgäu mit nur 1,93 Prozent Schülern ohne Abschluss. Einflüsse auf die Ergebnisse haben der Studie zufolge die Arbeitslosenquote und die allgemeine soziale und wirtschaftliche Lage in den Landkreisen. Eine Rolle spielen auch die Anteile der Förderschüler und der ausländischen Schüler an den Schulen.

Der Bayerische Landes-Caritasdirektor Prälat Bernhard Piendl führte das „erfreuliche Ergebnis“ in Bayern unter anderem auch auf die Jugendsozialarbeit an Schulen und auf eine Vielzahl von Initiativen zurück, die sich um Schüler mit Lernproblemen kümmern. „Jeder Jugendliche ohne Abschluss ist einer zu viel. Die betroffenen jungen Menschen haben nur eingeschränkte Perspektiven und sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert“, sagte der Landes-Caritasdirektor. Maßgebend für eine weitere Verbesserung der



Foto: stockimg Bina Sveta

Situation sei der politische Wille in den Kommunen.

Schulen, Sozialamt, Schulamt, Jobcenter, Unternehmen, Pfarreien und Wohlfahrtsverbände müssten sich an einen Tisch setzen und eng zusammenarbeiten.

Die Studie habe ergeben, dass solche lokalen Initiativen sehr viel erreichen und die Zahl der Schulabgänger

ohne Abschluss senken könnten. Die Studie „Bildungschancen vor Ort“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen.

Die Werte auf Landkreisebene sind auf einer interaktiven Landkarte abrufbar unter www.caritas.de/bildungschancen.

Bernd Hein im Ruhestand

Caritas. Nach 34 Jahren im Dienst der Caritas ist Bernd Hein (64) vom Landes-Caritasverband Bayern im August 2013 in den Ruhestand gegangen. Der Diplom-Theologe und Diplom-Soziologe war zunächst beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising als Presse- und Öffentlichkeitsreferent tätig. Beim Landes-Caritasverband Bayern war er seit 2003 für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sozialpolitische, ethische und theologische Grundsatzfragen, Bürgerschaftliches Engagement, allgemeine Sozialberatung und Armutsfragen zuständig. Sich selbst hat er immer als „Alt-68er Linken auf Basis der Katholischen Soziallehre“ bezeichnet. Heins Nachfolger wird ab Oktober 2013 als Leiter einer Abteilung Grundsatzfragen und Kommunikation der Journalist Korbinian Morhart (38). Er hat Philosophie und Kommunikationswissenschaft studiert und war zuletzt als Redakteur bei der Münchner Kirchenzeitung tätig.

Paritätischer in Bayern ehrt langjährige Freiwillige mit dem Luise-Kiesselbach-Preis und fordert die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements

Der Paritätische. Engagement wirkt. Kaum jemand weiß das besser als die Wohlfahrtsverbände und ihre Mitgliedsorganisationen. Bürgerschaftliches Engagement ist konstitutiv für den Paritätischen in Bayern: Zahlreiche Mitgliedsorganisationen kommen aus der Selbsthilfe, der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung oder wurden von sozial engagierten Bürgerinnen und Bürgern begründet. Bis heute ist Bürgerschaftliches Engagement ein zentrales Element des Verbands: Über 28.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich im Landesverband und seinen 780 Mitgliedsorganisationen (aus: Sozialwirtschaft Bayern 2010 Puch, Schellberg).

Den Engagierten gebührt daher eine besondere Würdigung. Der Paritätische in Bayern ehrt Mitgliedsorganisationen und Menschen, die sich in diesen Organisationen ehrenamtlich engagieren seit 2008 jährlich mit dem Luise-Kiesselbach-Preis. Mit dem Preis werden individuelle Lebensleistungen, aber auch besonders erfolgreiche oder innovative Engagements und Mitgliedsorganisationen geehrt. Am 13. September 2013 wurden drei Mitgliedsorganisationen und 10 langjährige Ehrenamtliche für ihr herausragendes Engagement erstmals im Rahmen der bundesweiten Woche des Bürgerschaftlichen Engagements ausgezeichnet.

Die Bedeutung des freiwilligen Engagements nimmt auch in Zukunft weiter zu. Sein Wert für die Gesellschaft und ihren inneren Zusammenhalt ist nicht hoch genug einzuschätzen. Damit ein Vorhaben, wie eine Bayerische Verfassungsänderung,



Luise Kiesselbach Preis 2013

Bürgerschaftliches Engagement im Paritätischen in Bayern

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND LANDESVERBAND BAYERN e.V. | www.paritaet-bayern.de

die Förderung des Ehrenamts als Staatsziel mit aufzunehmen, nicht reine Symbolik bleibt, bedarf es allerdings konkreter - v. a. auch finanziell gesicherter - Maßnahmen zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements.

Deshalb fordert der Paritätische in Bayern die Bayerische Politik auf:

- Kindern und Jugendlichen bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen und ihnen so mehr Spielräume für soziales Lernen zu eröffnen, beispielsweise durch eine stärkere Berücksichtigung in den Lehrplänen – damit aus „kleinen“ „große“ Bürgerinnen und Bürger werden!
- Selbsthilfeeinrichtungen und Selbsthilfekontaktstellen zu unterstützen, die sich auf den Weg in Richtung Inklusion machen. Für alle Bürgerinnen und Bürger sollten Angebote offen und zugänglich sein.
- Die Rahmenbedingungen für Engagementwünsche aller Menschen zu verbessern und insbesondere das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Beeinträchtigungen zu fördern.
- Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, die ihr gesellschaftliches Umfeld mitgestalten wollen und Solidarität stiften.

Neue Gemeinschaft Wohlfahrts- und Sozialarbeit im Bayerischen Roten Kreuz

Bayerisches Rotes Kreuz. Mit der Satzungsänderung im Dezember 2012 hat das BRK eine fünfte Gemeinschaft, die Wohlfahrts- und Sozialarbeit beschlossen, die damit gleichberechtigt neben den vier bisherigen Gemeinschaften, also den Bereitschaften, der Bergwacht, dem Jugendrotkreuz und der Wasserwacht, existiert. In dieser sind nunmehr alle Ehrenamtlichen erfasst, die in vielfältigen sozialen Tätigkeitsfeldern engagiert sind.

Das ehrenamtliche und freiwillige Engagement in diesen Bereichen ist nicht neu. Bereits seit vielen Jahrzehnten sind viele Männer und Frauen im sozialen Bereich tätig. Die Ehrenamtlichen waren über Arbeitskreise in den Einrichtungen vor Ort in die Arbeit des BRK eingebunden.

Mit der Gründung der Gemeinschaft kann nunmehr eine weitere Vernetzung und der gegenseitige Erfahrungsaustausch über die geschaffenen Strukturen erleichtert werden. Zudem stellt sie eine wichtige Anerkennung des vielschichtigen Engagements, das im Feld der Sozialarbeit geleistet wird, besonders dar. Die neu geschaffenen Strukturen ermöglichen es, die Erwartungen der Freiwilligen hinsichtlich ihres Ehrenamtes noch stärker zu berücksichtigen.

Arbeitsfelder der Gemeinschaft Wohlfahrts- und Sozialarbeit

In vielfältiger Weise ist die Gemeinschaft dabei tätig, ihr Hauptaugenmerk richtet sie aber generell auf Menschen in schwierigen Le-

bensituationen. Die Gemeinschaft Wohlfahrts- und Sozialarbeit bezieht ihr Tun dabei auf eine Rotkreuz-Aufgabe besonders, nämlich „Menschliches Leiden durch die Kraft der Menschlichkeit zu lindern.“

Zu ihren Zielgruppen gehören Kinder, Jugendliche und Familien, ältere Menschen, kranke Menschen, Menschen mit Behinderung, Sterbende und ihre Angehörigen, Menschen mit Migrationshintergrund, von Armut betroffene Menschen, von Ausgrenzung bedrohte Menschen sowie Menschen in persönlichen und sozialen Notlagen.

So ergeben sich bei vielen Zielgruppen auch viele Möglichkeiten, sich zu engagieren:

- In der offenen Altenhilfe können sich Interessierte in die Begleitung von Seniorenreisen und die Organisation und Betreuung von Seniorenentreffs einbringen.
- Im Bereich der ambulanten und stationären Pflege unterstützen sie die Seniorinnen und Senioren bei der Bewältigung von Einkäufen, Arztbesuchen, sowie regelmäßige Hausbesuche oder Ausfahrten im Rollstuhl.
- Im Bereich Menschen mit Behinderung engagieren sich Ehrenamtliche in der Begleitung von Behindertenreisen und der Alltagsbegleitung bei Einkäufen, als auch bei Fahrdiensten aller Art.
- Im Bereich Kinder und Familien sind die Engagementmöglichkeiten ebenso vielfältig: Zu nennen

wäre die Betreuung bei der Kindererholung, Unterstützung bei Freizeitaktivitäten.

Neben diesen Bereichen gibt es noch zahlreiche weitere Engagementmöglichkeiten, beispielsweise Organisation von Flohmärkten, Mithilfe in Rot-Kreuz-Läden und Unterstützung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund.

Struktureller Aufbau der Gemeinschaft

Die Mitarbeit in der Wohlfahrts- und Sozialarbeit ist sowohl als Angehöriger der Gemeinschaft als auch als frei Mitwirkender möglich.

Die Freiwilligen selbst werden durch die Koordinatoren für ihre Aufgaben vorbereitet und kontinuierlich begleitet, sie haben die Möglichkeit des gegenseitigen Austauschs und nutzen das Angebot von Aus- und Fortbildungen. Sie erfahren ihr Engagement als sinnvoll und persönlichen Gewinn, sammeln neue Erfahrungen, entwickeln ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen weiter, erfahren Wertschätzung und Anerkennung und übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft und gestalten sie mit.

Kontakt:



Gemeinschaft
Wohlfahrts- und Sozialarbeit

Tel: 089/9241-1305

email: glas@lgst.brk.de



Fachmesse und
Congress des
Sozialmarktes

6.-7. November
NürnbergMesse



Quelle: Der Paritätische Gesamtverband



2013
www.consozial.de



Mit ConSozial extra
auf der großen Messebühne

Mit KITA-Kongress der ConSozial
und Messe-Forum KITA 2013

Mit Themen-Specials:
Lösungen statt Produkte

Grunwald / Horcher / Maelicke

Lexikon der Sozialwirtschaft

2. aktualisierte und vollständig überarbeitete
Auflage 2013, 1163 Seiten
ISBN 978-3-8329-7007-9
98,- Euro

Über 150 Autoren stellen
in über 800 Stichworten
die zentralen Themen der
Sozialwirtschaft dar - diese
ist in der deutschsprachigen
Fachliteratur der erste
Versuch, in einem gezielt
interdisziplinären Zugang
diesen komplexen sozial-
und wirtschaftspolitischen
Sektor zugleich wissenschaftlich wie praxisrelevant
zu erschließen.

Die Autoren repräsentieren Theorie und Praxis
der einschlägigen Fachdisziplinen Sozialarbeit/
Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften,
Psychologie, Soziologie, Sozialpolitik, Volks-
wirtschaft, Betriebswirtschaft, Recht, New Public
Management.

Das Werk systematisiert die Fachbegriffe und
stellt sie in den Zusammenhang einer aktuellen
Zwischenbilanz und der veränderten Anforderun-
gen an die Fach- und Führungskräfte. So werden
unverzichtbare Informationen zur erfolgreichen
Gestaltung der gegenwärtigen und zukünftigen
Innovationsprozesse vermittelt.

